



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

1. Sitzung

6. Wahlperiode

Dienstag, 4. Oktober 2011, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Alterspräsident Dr. Fritz Tack, Präsidentin Sylvia Bretschneider
und Vizepräsidentin Beate Schlupp

Inhalt

	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 6/2 – 13
Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern 3	Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/11 – 13
	B e s c h l u s s 13, 31
	Sylvia Bretschneider, SPD 14
Beschlussfassung über die Geschäftsordnung 6	
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Geschäftsordnung des Landtages der 6. Wahlperiode – Drucksache 6/1 – 6	Bestimmung der Anzahl der Vizepräsidenten 16
Änderungsanträge der Fraktion der NPD – Drucksachen 6/14, 6/15, 6/16, 6/17, 6/18, 6/19, 6/20, 6/21, 6/22, 6/23, 6/24 und 6/25 – 6	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wahl eines dritten Vizepräsidenten – Drucksache 6/3 – 16
Heinz Müller, SPD 6	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 16
Michael Andrejewski, NPD 7	Stefan Köster, NPD 18
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9	Peter Ritter, DIE LINKE 19
B e s c h l u s s 10	B e s c h l u s s 20
	Wahl der Vizepräsidenten des Landtages 20
Wahl der Landtagspräsidentin/ des Landtagspräsidenten 13	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/4 – 20

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/5 –	20	Vincent Kokert, CDU	24
		Stefan Köster, NPD	25
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/6 –	20	B e s c h l u s s	25
Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/12 –	20	Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses gemäß § 9 Absatz 1 GO LT	25
B e s c h l u s s	20, 21, 22, 32, 33, 34	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses – Drucksache 6/9 –	25
Beate Schlupp, CDU	21	B e s c h l u s s	25
Regine Lück, DIE LINKE	22		
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	22		
Wahl der Schriftführer des Landtages	22		
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/7 –	22	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Entwurf eines vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) – 14. ÄndG AbgG M-V – (Erste Lesung) – Drucksache 6/10 –	25
B e s c h l u s s	22, 23, 35	Heinz Müller, SPD	26
Katharina Feike, SPD	23	Regine Lück, DIE LINKE	27
Tilo Gundlack, SPD	23	Udo Pastörs, NPD	27
Thomas Schwarz, SPD	23	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29
Martina Tegtmeier, SPD	23	B e s c h l u s s	30
Burkhard Lenz, CDU	23		
Detlef Lindner, CDU	23		
Maika Friemann-Jennert, CDU	23		
Barbara Borchardt, DIE LINKE	24		
Karen Stramm, DIE LINKE	24		
Henning Foerster, DIE LINKE	24		
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24		
Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	24	Beschlussempfehlung der Präsidentin des Landtages gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten) Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens – Drucksache 6/26 –	30
B e s c h l u s s	24	B e s c h l u s s	30
Beschlussfassung über das Berechnungs- verfahren zur Berechnung der Anteile, Zugriffe und Reihenfolgen der Fraktionen	24		
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berechnungsverfahren für die Dauer der sechsten Wahlperiode – Drucksache 6/8 –	24		
Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/13 –	24		

Beginn: 13.03 Uhr

**Eröffnung der Sitzung durch den
Alterspräsidenten und Ernennung
von vorläufigen Schriftführern**

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Meine Damen und Herren Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern! Sehr verehrte ehemalige Mitglieder des Landtages! Sehr verehrte Gäste! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur konstituierenden Sitzung des Landtages der 6. Wahlperiode.

Es ist in der parlamentarischen Praxis üblich, dass die erste Sitzung eines neugewählten Parlaments durch das an Lebensjahren älteste Mitglied des Hauses eröffnet wird. Dieses Mitglied des Landtages eröffnet die konstituierende Sitzung als Alterspräsident und leitet sie bis zur Wahl der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten.

Mein Name ist Fritz Tack, Professor Doktor. Ich bin am 7. Juni 1942 geboren. Der Ordnung halber frage ich, ob jemand der Damen und Herren Abgeordneten eher geboren ist. – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann darf ich als Alterspräsident die erste Sitzung der 6. Wahlperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern eröffnen. Ich stelle fest, dass der Landtag entsprechend Artikel 28 unserer Landesverfassung ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die vorläufige Tagesordnung der konstituierenden Sitzung liegt Ihnen vor. Wer der vorläufigen Tagesordnung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass die Tagesordnung mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN, der GRÜNEN und bei Gegenstimmen der NPD angenommen ist. Damit gilt die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung als festgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 20. August 2011 verstarb plötzlich und unerwartet unser Kollege Udo Timm, der, wie Sie alle wissen, auch für die Landtagswahl am 4. September 2011 erneut als Direktkandidat nominiert war. Udo Timm war Mitglied des Landtages der 1. Wahlperiode und wieder Mitglied des Landtages seit dem 22. September 2002. Er hat sich insbesondere im Petitionsausschuss engagiert und war in den letzten beiden Jahren Vorsitzender des Agrarausschusses. Fachliche Kompetenz, Heimatliebe, Geradlinigkeit sowie Fleiß und Akkuratheit waren seine herausragenden Merkmale. Bis zuletzt hat er sich mit Engagement und Leidenschaft für die Landwirtschaft eingesetzt und hat noch kurz vor seinem Tod eine Sondersitzung des Agrarausschusses zu den Nasseschäden in der Landwirtschaft einberufen. Der Landtag wird sein Andenken in Ehren bewahren.

Ich darf Sie bitten, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Entsprechend der mir vorliegenden Vorschläge ernenne ich zu vorläufigen Schriftführern den Abgeordneten Thomas Schwarz, Fraktion der SPD, sowie den Abgeordneten Burkhard Lenz, Fraktion der CDU. Ich bitte die vorläufigen Schriftführer, hier neben mir Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, Alterspräsident wird man ohne eigenes Zutun, man muss nur alt genug sein und Mitglied dieses Hohen Hauses sein. Deshalb sind von einem Alterspräsidenten auch keine besonderen Kenntnisse oder Fertigkeiten zu erwarten. Zu erwarten sind allenfalls ein gutes Stück Gelassenheit, eigene Erfahrungen und vielleicht Altersweisheiten, die das Leben mit sich bringt. Aus der Sicht der Erfahrungen meines bisherigen Lebens, meiner beruflichen Prägung als Landwirt, als Hochschullehrer und als Landtagsabgeordneter will ich einige Blicke auf die vor uns liegende Wahlperiode und die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Anforderungen werfen:

Seit vielen Jahren, meine Damen und Herren, bin ich auch Vorsitzender der Thünengesellschaft. Deshalb nehme ich gern eine Anleihe bei dem Agrarökonom, Musterlandwirt und Sozialreformer Johann Heinrich von Thünen, der im Jahre 1845 im Alter von 63 Jahren seine Anforderungen an Politik so formulierte, ich zitiere: „Möchten die Vertreter auf unseren künftigen Landtagen von der Erkenntnis durchdrungen, von dem Gedanken beseelt sein, daß Stadt und Land, wie alle aktiven Stände, Glieder eines organischen Körpers sind, von welchen keins verletzt werden kann, ohne daß die übrigen Glieder mitleiden, und daß nur in der Gesundheit und Kraft des ganzen Organismus das Wohl der einzelnen Glieder zu finden ist. Wird dieser Wunsch zur Tat, dann sehe ich im Voraus eine schöne Zukunft für Mecklenburg erblühen.“ Ende des Zitats. Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass dieser Zusammenhang natürlich genauso für Vorpommern gilt und heute für unser Land so aktuell wie damals ist.

Die vor uns liegende Wahlperiode wird vor allem davon geprägt sein müssen, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit unser Land bis zum Ende dieses Jahrzehnts wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen kann. Das wird angesichts der Euroschuldenkrise eine sehr schwierige Aufgabe. Was fehlt uns bis dahin? Was müssen wir noch leisten? Ich habe in verschiedenen Veröffentlichungen gelesen, dass wir eine Wertschöpfungslücke von circa 6 Milliarden Euro haben, die es zu schließen gilt. Wir müssen also besser und effizienter werden. Wir müssen lernen, mit weniger werdenden Förder- und Solidarpaktmitteln umzugehen. Dazu werden viele Ideen in allen Lebensbereichen gefragt.

Wer, wenn nicht der Alterspräsident – auch wenn er der jüngste in der Geschichte dieses Landtages ist –,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

ist prädestiniert, die demografischen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, anzusprechen? Wir alle wissen, es werden immer weniger Menschen im Lande sein und wir werden immer älter. Die Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, unter diesen Bedingungen die Lebensqualität aller Menschen zu erhalten und zu verbessern. Wir stehen unter anderem vor der Frage, wie wir die öffentliche Daseinsvorsorge gerade in

entlegenen ländlichen Räumen sichern können. Die Bürgerinnen und Bürger interessiert:

- Wo finde ich den nächsten Arzt?
- Fährt überhaupt noch ein Bus, wenn ich zum Amt muss?
- Wie weit haben es die Kinder bis zur Schule?
- Gibt es genügend Angebote in Sport, Bildung und Kultur und sind diese für mich noch erreichbar?

Meine Damen und Herren, unstrittig dürfte sein, dass wir Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen einfordern müssen, die ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Dazu gehört unbedingt ein Lohn, von dem jeder ohne staatliche Zuschüsse leben kann. Eine klare und einheitliche Position im Lande für einen Mindestlohn, der dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann, wäre meiner Meinung nach auch ein Signal für mehr Vertrauen in die Politik.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die wichtigste Ressource in der Politik. Sie ist aber auch die knappste Ressource, wie man aus der Beteiligung an den zurückliegenden Wahlen in unserem Lande erkennen kann. Diese Ressource wieder auszubauen und zu stärken, muss die herausragende Aufgabe in dieser Legislatur sein.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen hat von 1998 bis 2011 stetig abgenommen und hat mit 51,5 Prozent ihren bisherigen traurigen Tiefststand erreicht. Würden die Nichtwähler durch fiktive freie Plätze im Landtag vertreten sein, dann blieben hier 34 Stühle leer, und das beträfe alle Parteien. Woran mag es liegen, dass am 4. September 2011 fast 700.000 wahlberechtigte Bürger zu Hause geblieben sind?

Jede der demokratischen Parteien muss ihr Wahlergebnis an der Wahlbeteiligung messen. Wir sollten die Ursachenbewertung nicht nur den Wahlforschern überlassen. Wir sollten deshalb nicht nahtlos zur Tagesordnung sowohl des Opponierens als auch des Regierens übergehen. Wir sollten nach den Ursachen der niedrigen Wahlbeteiligung fragen, diese benennen und in der Folge beseitigen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, welchen Wert und Nutzen sie zunächst vom Gebrauch ihres Wahlrechts und dann aber auch von den politischen Entscheidungen haben. Politik muss attraktiver und erlebbarer werden.

Ganz ernsthaft müssen sich alle Demokratinnen und Demokraten auch fragen, warum es der NPD erneut gelungen ist, in den Landtag einzuziehen. Waren wir mit unseren politischen Angeboten nicht glaubhaft, nicht attraktiv genug?

(Udo Pastörs, NPD:
Offensichtlich war das so. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Warum haben wir offenbar so viele Menschen nicht erreichen und überzeugen können, eine demokratische Partei zu wählen?

(Udo Pastörs, NPD: Wer ist Demokrat? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Haben wir zu viele leere Räume gelassen, die die NPD für ihre antidemokratische Politik nutzen konnte?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen denke ich,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dass unter den demokratischen Parteien Einigkeit darüber herrscht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass unsere Aufmerksamkeit und unsere Tätigkeit künftig stärker auf die Dörfer und Ortsteile des Landes gerichtet sein müssen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir dürfen keinen Ort, kein Dorf, keine Siedlung vergessen. Dort müssen wir wie in den Städten gemeinsam mit den Einwohnern und den Kommunalvertretungen verstärkt aktiv und wirksam sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Udo Pastörs, NPD: Warum da wohl nur
40 Prozent Wahlbeteiligung war?!)

In der Zusammensetzung des Landtages ist erkennbar, dass viele Abgeordnete aus den Städten kommen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich werbe deshalb sehr dafür, dem ländlichen Raum in Ihrer politischen Arbeit künftig noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

In Mecklenburg-Vorpommern leben 54,4 Prozent der Bevölkerung in ausgeprägt ländlichen Räumen, das heißt in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern. 43 Prozent der Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Und denken wir daran, 85 Prozent der Landesfläche sind ländlich geprägt.

Die andere Seite ist: Neben der Landeshauptstadt Schwerin ist Rostock das zweite urbane Zentrum, das nach der Kreisgebietsreform seine Kreisfreiheit bewahrt hat. In dieser Stadt leben etwa 200.000 Bürgerinnen und Bürger. In diesem Landtag wird diese Stadt allein durch 11 Abgeordnete vertreten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bei der SPD-Fraktion sind dies 4 von 28, also 14 Prozent, was etwa dem Durchschnitt des Landtages entspricht. Bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind es 3 von 6, also 50 Prozent. Gemessen an diesen Zahlen der Rostocker Hanseaten sind die ländlichen Räume klar unterrepräsentiert.

Der ländliche Raum, meine Damen und Herren, das ist Mecklenburg-Vorpommern an sich. Die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird ganz entscheidend

mit der Zukunft der ländlichen Räume verknüpft sein. Die ländlichen Räume sind nicht nur Räume für Ruhe und Erholung sowie eine Attraktion für immer mehr Besucher aus Deutschland und aus dem Ausland, sie sind auch Produktionsorte für eine hochmoderne, effektive und umweltgerechte Landwirtschaft, die in vielen Bereichen Spitzenleistungen erbringt. 20.000 Bäuerinnen und Bauern arbeiten täglich mit Leidenschaft dafür.

Schon der in Parchim geborene niederdeutsche Schriftsteller Rudolf Tarnow wusste Anfang der 1920er-Jahre in seiner „Reichsdags-Wahlräd“ ganz genau:

„Der Landmann ist der erste Stand,
Auf ihn stützt sich das Vaterland!“

(Udo Pastörs, NPD: Und das aus dem Munde eines Kommunisten.)

Das wurde eindrucksvoll beim Landeserntedankfest am 02.10.2011 in Anklam sichtbar. Wir haben vielfältige Strukturen, Betriebsgrößen und Produktionsprofile. Diese Einheit in der Vielfalt hat dem Land bisher gutgetan und wird weiterhin Basis des Erfolges bleiben.

Bei aller Idylle auf dem Land, das Wort „Landwirtschaft“ enthält vor allem auch den Wortstamm „Wirtschaft“. Die Nachhaltigkeit in der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem dabei in Einklang zu bringen, wird auch in der heute beginnenden Legislatur ein wichtiges Thema sein müssen, das große Anforderungen an uns alle stellt.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir schon fünf Jahre lang alle drei Monate gehört, was Sie hier ablesen.)

Meine Damen und Herren, es beginnt damit, dass dieses Land weiterhin ein kompetentes Ministerium erhält, das die komplexen Prozesse der Entwicklung der ländlichen Räume begleitet und leitet. Dazu gehören zuallererst eine nachhaltige Lebensmittelproduktion unter den Bedingungen des Klimawandels und der Produktion nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien.

Die mit der Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nach 2013 anvisierten Ziele werden große Veränderungen für die Landwirtschaft bringen, die uns hier im Landtag noch sehr beschäftigen werden. Wir werden je nach politischer Ausrichtung Teile der Reform begrüßen oder auch ablehnen. Einheitlichkeit wünsche ich mir in der Ablehnung der Kappung der Direktzahlungen für große Betriebe.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, eine solche Kappung trifft auch unsere Genossenschaften, die zum Beispiel mit 40 Arbeitskräften 2.000 Hektar bewirtschaften

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und mehrere Eigentümerfamilien ernähren. Darum müssen wir die Kappung gemeinsam verhindern.

Meine Damen und Herren, mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen die Verschwendung von Lebensmitteln und Rohstoffen einsetzen,

(Udo Pastörs, NPD: Biogasanlagen.)

denn die wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind Sicherung der Welternährung, Energieversorgung und Ressourcenschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die extreme Witterung im Jahre 2011 wurden viele Wirtschaftsbereiche, vor allem aber auch die Landwirtschaft hart getroffen. Eine der ersten Aufgaben in der künftigen Legislatur muss es deshalb sein, unverschuldet in existenzielle Not geratenen landwirtschaftlichen Unternehmen schnell zu helfen.

(Udo Pastörs, NPD: Den Handwerksmeistern auch?)

Deshalb haben der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz in der 5. Wahlperiode, das Ministerium und der Landesbauernverband in mehreren Runden die Schäden analysiert, die bestehenden Hilfsmöglichkeiten erörtert, nach Finanzierungsquellen gesucht und der 6. Legislatur entsprechende Empfehlungen gegeben.

Ich werde bei meinem Einsatz für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft manchmal gefragt, ob sich das denn lohne, ob mich die Landwirtinnen und Landwirte dann auch wählen würden. Ehrlich gesagt, diese Frage kann ich nicht endgültig beantworten. Eines kann ich jedoch mit Sicherheit sagen: Wer sich den ländlichen Räumen zuwendet, meine Damen und Herren, der entscheidet sich für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So, wie wir uns heute bei der Bedeutung und Entwicklung der ländlichen Räume einig sein sollten, so sollten wir bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Standpunkte auch darin einig sein, dass wir uns im demokratischen Konsens gemeinsam für mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Toleranz einsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Noch mehr, noch mehr!)

Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern haben als gewählte Volksvertreter dafür Verantwortung und wir haben vielfältige Möglichkeiten. Wir stehen in der Verantwortung, Landesgesetze zu gestalten, und uns obliegt die Kontrolle der Regierung und der Verwaltung. Wir sollten und wir werden ganz genau hinschauen, wenn die Landesregierung Beschlüsse fasst. Wir werden genau hinschauen, welche Auswirkungen die Entscheidungen hier in Schwerin für die Menschen vor Ort haben,

(Udo Pastörs, NPD: Mann, o Mann, o Mann, das ist ein Blabla!)

und gegebenenfalls für Änderungen streiten und diese einfordern.

Unsere Arbeit hier im Parlament, die verantwortungsvolle Tätigkeit in den Fraktionen und Ausschüssen des Landtages ist von besonderer Bedeutung. Zumindest genauso wichtig ist es für mich, die Probleme der Menschen im Land vor Ort aufzunehmen, sie ernst zu nehmen und, wenn möglich, im Interesse der Betroffenen tätig zu werden.

Lassen Sie uns in diesem Sinne auch die möglichen Instrumente direkter demokratischer Beteiligung stärken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch das, da bin ich mir sicher, wird die Ressource „Vertrauen“ enorm stärken und der Politikverdrossenheit entgegenwirken.

Zum Abschluss zitiere ich aus der plattdeutschen Fassung der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern den Artikel 2: „Mäkelborg-Vörpommern is 'n republikanischen, demokratischen un sozialen Rechtsstaat, dei in Verantwuurdung steiht för all's, wat von Natur ut för dat Läben nödig is.“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Machen wir uns zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger an die Arbeit! Ich wünsche uns Zielstrebigkeit, Weitsicht und Erfolg. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Auf Drucksache 6/1 liegt Ihnen der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der NPD auf den Drucksachen 6/14, 6/15, 6/16, 6/17, 6/18, 6/19, 6/20, 6/21, 6/22, 6/23, 6/24 und 6/25 vor.

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Geschäftsordnung des Landtages
der 6. Wahlperiode
– Drucksache 6/1 –**

**Änderungsanträge der Fraktion der NPD
– Drucksachen 6/14, 6/15, 6/16, 6/17, 6/18,
6/19, 6/20, 6/21, 6/22, 6/23, 6/24 und 6/25 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Heinz Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Herr Alterspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen Ihnen in einem gemeinsamen Antrag einen Entwurf für eine Geschäftsordnung dieses Landtages für die vor uns liegende Legislaturperiode vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für ein außerordentlich positives, für ein außerordentlich ermutigendes Signal, dass es uns gelungen ist, die Drucksachennummer 1 der 6. Legislaturperiode, den Entwurf für eine Geschäftsordnung, nicht in die Mühlen des Parteienstreits geraten zu lassen, sondern für diese Geschäftsordnung einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen dieses Hauses vorzulegen.

Die technischen Arbeiten lagen bei den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen und Sie werden mir gestatten, dass ich mich hier ganz persönlich bei

meinen Kollegen Vincent Kokert, Peter Ritter und Johann-Georg Jaeger für die in der Sache sehr konstruktiven und menschlich sehr angenehmen Gespräche bedanke. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis, das wir Ihnen vorlegen, kann sich sehen lassen, und ich hoffe, es wird Ihre Zustimmung finden.

Und da es hier Zwischenrufe gibt, lassen Sie mich eines noch sagen: Ich glaube, wir alle freuen uns, dass unsere Fraktionsvorsitzenden heute die Schweriner Erklärung unterschrieben haben, in der die demokratischen Fraktionen dieses Hauses bekräftigen, wie sie mit antidemokratischen Kräften, die leider in diesem Hause auch Platz genommen haben,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

umzugehen gedenken.

(Udo Pastörs, NPD: Es ist sehr demokratisch, was Sie da machen.)

Ich denke, wir als Fraktionen werden diese Haltung unserer Fraktionsvorsitzenden nach Kräften unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es entspricht dem Geist dieser Schweriner Erklärung, die unsere Fraktionsvorsitzenden unterschrieben haben, dass wir, die Parlamentarischen Geschäftsführer der demokratischen Fraktionen, miteinander über diese Geschäftsordnung geredet haben, über Änderungen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die wir aufgenommen und die wir verworfen haben, dass wir uns aber nicht mit denjenigen an einen Tisch gesetzt haben, um mit ihnen Verfahrensregeln für ein Parlament zu verabreden, die dieses Parlament und die die demokratische Ordnung zerstören wollen.

(Stefan Köster, NPD: Was für eine Ordnung denn? Wir haben doch hier totale Unordnung!)

Das, meine Damen und Herren, ist weiß Gott nicht in unserem Sinne.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Ihnen ankündigen, meine Herren von der NPD, das wird auch so bleiben in dieser Legislaturperiode.

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben nichts anderes erwartet. So ist das.)

Sie brauchen auch nichts anderes zu erwarten, Herr Pastörs. Machen Sie sich keine Hoffnung!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Inhalt der vorgelegten Geschäftsordnung kommen. Zunächst einmal, diejenigen unter uns, die bereits in der vorigen Wahlperiode diesem Hohen Haus angehört haben, werden feststellen, dass es keine revo-

lutionär neue Geschäftsordnung ist, sondern dass wir auf einer Geschäftsordnung aufbauen,

(Udo Pastörs, NPD: Was denn für eine Revolution? Revolution steht vor der Tür.)

die sich in den wesentlichen Grundzügen absolut bewährt hat und an der wir selbstverständlich festhalten.

So gibt es in diesem Entwurf, der Ihnen auf den Tischen vorliegt, einige Änderungen im redaktionellen Bereich, es gibt einige Klarstellungen. Dazu gehört auch, dass wir festlegen, dass wir in der ersten Sitzung des Landtages uns über Zähl- und Zugriffsverfahren unterhalten. Auch dieses dient ja nicht dazu, neue Verfahren einzuführen, sondern die sind nur zu präzisieren. Wir werden allerdings bereits heute danach verfahren.

Eine wichtige Neuerung allerdings ist die Frage, wie viel Papier wir eigentlich in diesem Landtag verbrauchen. Und jeder, der dieses am eigenen Leibe und am eigenen Schreibtisch miterlebt hat, der weiß, dass dies sehr viel ist. Wir wollen mit dieser Geschäftsordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, Schritte gehen, Schritte, um zu einem papierärmeren Landtag zu kommen. Das heißt, wir werden im Wesentlichen damit arbeiten, dass Vorlagen dann auch elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Das heißt nicht, dass jemand, der vielleicht damit seine Probleme hat, Sorge haben muss, dass er Vorlagen nicht mehr schriftlich bekommt. Selbstverständlich können Sie dies auch zukünftig tun, aber wir wollen versuchen, die Masse des Papiers, die hier bewegt wird, zu reduzieren, ohne dass wir den Informationsstand der Abgeordneten damit schwächen. Selbstverständlich müssen Sie über alle relevanten Vorgänge hier informiert sein und informiert bleiben.

Bei einem weiteren Punkt, auf den ich Sie aufmerksam machen möchte, passen wir sozusagen die Geschäftsordnung den Usancen dieses Hauses an. Bei Vorlagen, die aus Ausschüssen kommen, haben wir ganz überwiegend mit der sogenannten verkürzten Anmeldefrist gearbeitet. Dieses, was geschäftsordnungsmäßig eine Ausnahme war, was aber ständig praktiziert worden ist, geben wir jetzt in den Status einer Regel. Das heißt, Vorlagen aus Ausschüssen müssen 14 Tage vorher angekündigt, aber erst eine Woche vorher vorgelegt werden.

Weitere Veränderungen beziehen sich auf die Autorisierung von Redeprotokollen, darauf, dass wir keine stellvertretenden Schriftführer mehr haben, sondern nur noch Schriftführer gleichberechtigter Art, dass wir die Frage der Wortentziehung präzisieren, ob es sich um eine Wortentziehung für einen Tagesordnungspunkt oder für eine ganze Sitzung handelt, und ähnliche Dinge, die Sie der schriftlichen Vorlage alle entnehmen können, die dem Ziel dienen, die Arbeit in diesem Hause weiter zu stärken und die Effektivität zu verbessern.

In einem Punkt, meine Damen und Herren, gilt die alte Weisheit: Nur wer nichts macht, macht keine Fehler. Es ist auch den Parlamentarischen Geschäftsführern ein Fehler unterlaufen. Ich darf Sie bitten, in Paragraf 27 auf den Satz 2 zu schauen. Dort wird im Augenblick bei dem Text, der Ihnen vorliegt, Bezug genommen auf das Gesetz über die Prüfung zur Wahl zum Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Gesetz haben wir im vorigen Jahr ersetzt durch das Gesetz über die Wahlen

im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz). Ich bitte also und beantrage dieses insofern formal als Änderung, Satz 2 in Paragraf 27 neu zu fassen. Er möge jetzt lauten: „Das Nähere zum Verfahren des Wahlprüfungsausschusses regelt das Gesetz über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz – LKWG M-V).“ Soweit zum Text der Geschäftsordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich denke, mit diesem Papier können wir zunächst einmal sehr gut arbeiten, kann dieser Landtag sehr gut arbeiten. Dieses schließt aber nicht aus, sondern es schließt ein, dass wir in einem angemessenen Abstand, vielleicht von einem halben Jahr, vielleicht von einem Dreivierteljahr, uns noch einmal zusammensetzen. Ich denke, auch dann werden die Parlamentarischen Geschäftsführer diese Aufgabe übertragen bekommen, und dass wir auswerten, ob wir denn mit dem, was hier an Verfahren in diesem Landtag stattgefunden hat, zufrieden sind oder ob wir weiteren Handlungsbedarf sehen. Geschäftsordnungen sind nicht für die Ewigkeit gemacht, sondern wir sind sehr wohl in der Lage, sie auch aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Wir sollten bereit sein, hierüber erneut zu reden, wenn wir entsprechende Erfahrungen haben.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag der vier demokratischen Fraktionen dieses Hauses und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Die Fraktionen haben vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Michael Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Da wären wir wieder und haben auch gleich Änderungsvorschläge für Ihre Geschäftsordnung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber einer weniger, Herr Andrejewski, einer weniger!)

Aber immerhin, trotz der wer weiß wie viel Millionen, die Sie aufgewandt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sagen Sie.)

Die Änderungsanträge der NPD-Fraktion zur Geschäftsordnung zielen darauf ab, die demokratischen Elemente in dieser Regelung zu stärken und die feudalistischen möglichst zu schwächen. Feudalistisch zum Beispiel sind die nicht öffentlichen Ausschusssitzungen. Das erinnert an die geheimen Kabinettsräte vergangener Jahrhunderte. Die NPD hat schon vor fünf Jahren öffentliche Ausschusssitzungen gefordert und tut dies wieder.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

DIE LINKE hat es übrigens auch getan, hat diesen Kram aber trotzdem unterschrieben, weil sie offensichtlich dies erzählt und das tut. Und wir sehen da auch Einsparpotenziale. Wenn beispielsweise der Bund der Steuerzahler sehen könnte, wie überflüssig viele Ausschusssitzungen sind und auch die meisten Ausschüsse, dann könnte er gleich die richtigen Forderungen erheben, die Ausschüsse eindampfen bis auf zwei, maximal drei: ein Petitionsausschuss, einer für Sonstiges, vielleicht noch den Finanzausschuss. Das würde ausreichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Es spricht ein wahrer Demokrat.)

Dann würden auch die Sonderzulagen für Ausschussvorsitzende wegfallen. Das dürfte der Hauptgrund für die Ausschussschwemme sein, damit man noch ein paar Posten an verdiente, tolerante und demokratische Abgeordnete verteilen kann,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und vor allen Dingen noch ein paar Zusatzgelder.

Es wäre auch demokratischer, wenn man wieder geheime Abstimmungen einführen würde. Die Hürden gab es ja bis zum Beginn der 5. Legislaturperiode. Dann wurden sie abgeschafft, weil man wohl Angst hatte, dass irgendein Abgeordneter aus dem Ruder laufen könnte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dagegen kann man nur etwas haben, wenn man à la Herrn Bosbach von der CDU die eigenen Abgeordneten unter Druck setzen möchte, was ihm als Opfer geschah, und wie Herr Pofalla von der CDU kein Freund des freien Mandats ist, sondern es am liebsten durch eine Kommandowirtschaft ablösen möchte.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Jeder weiß, wie günstig das Hare-Niemeyer-Berechnungsverfahren für die kleinen Parteien ist. Das ist auch der Grund, warum Sie das d'Hondt-Verfahren einführen wollen. Die FDP war damals dämlich genug, das als kleine Partei zu unterstützen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wo ist sie jetzt? Jetzt ist sie weg. Die GRÜNEN sollten sich vielleicht überlegen, ob sie denselben Weg gehen. Fünf Jahre sind schnell vorbei und schon sind sie raus und müssen nicht mehr neben der NPD sitzen.

Der Begriff „Benehmen“ sollte überall in allen Regeln durch „Einvernehmen“ ersetzt werden, denn „Benehmen“, ich habe das mal gegoogelt, heißt einfach nur, es wird entschieden, nachdem die Sache besprochen worden ist, auch gern diktatorisch.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Gaddafi hat auch im Benehmen entschieden.

Und die Redezeiten sind ein Witz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nur drei Minuten zu haben, um als kleine Fraktion zu einem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, das führt genau zu der Oberflächlichkeit, die mittlerweile Markenzeichen des Parlamentarismus, dieser fehlgeleiteten Form des Parlamentarismus geworden ist. Und dann kann man im Fernsehen Bundestagsabgeordnete sehen, die keine Ahnung haben, worüber sie eigentlich abstimmen, wenn sie zur Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm schreiten.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht nur im Bundestag.)

Alles wird im besinnungslosen Eiltempo durchgepeitscht und möglichst wenig demokratisch.

Es ist auch nicht akzeptabel, dass die Mehrheit des Landtages Beratungsgegenstände von der Tagesordnung nehmen kann, die eine Fraktion eingereicht hat, ohne deren Zustimmung, denn dafür sind Fraktionen gewählt und Abgeordnete, dass sie hier Anträge stellen. Es kann nicht sein, dass sie mundtot gemacht werden können, auch noch in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und es wäre vielleicht auch nicht schlecht, wenn man die Regelung zur Aktuellen Stunde ein bisschen günstiger und großzügiger machen würde.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es kann nicht immer nur eine Aktuelle Stunde zur Landtagssitzung geben, manchmal geschehen auch mehr aktuelle Dinge. Da wäre es ganz nett, wenn man das mal besprechen würde, sonst wird das hier nämlich kein Parlament, sondern eine Historikerkommission, die sich immer nur darüber unterhält, was früher geschehen ist.

Aus all diesen Gründen, weil wir für mehr Demokratie sind

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Für mehr Demokratie?!)

und gegen Herrschaft von oben, gegen Bürokratie und gegen Kommandoparlamentarismus, was Sie alles vertreten – glücklicherweise ist noch eine demokratische Kraft hier in diesem Landtag dank der Wähler,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

trotz der Millionen, die Sie eingesetzt haben gegen uns –, deswegen gibt es auch kein Einvernehmen und kein Benehmen von allen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Erwin Sellering, SPD)

keine Einheitspartei und keine Einheitsmeinung, sondern es gibt da immer zwei Meinungen, und das ist immerhin schon mal etwas. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat Herr Johann-Georg Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Abgeordneter.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kann man das noch ein bisschen runtermachen?

(Zuruf aus dem Plenum: Der Knopf rechts. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD –
Der Abgeordnete Johann-Georg Jaeger
stellt das Rednerpult ein.)

Aber mit Rechts geht es nur abwärts.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, zur Geschäftsordnung zu reden. Und diejenigen, die sich nur etwas mit Parlamentarismus auskennen, grübeln dann meist: Geschäftsordnung, ist das irgendwie spannend? Geschäftsordnungen sind die Spielregeln dieses Parlamentes.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das heißt, wir regeln hier, wie wir miteinander in Zukunft umgehen wollen, und deswegen entscheidet sich viel an der Geschäftsordnung.

Wir haben uns nach langer Diskussion und auch schwieriger Diskussion in unserer Fraktion dazu entschlossen, diese Geschäftsordnung gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen einzubringen.

(Udo Pastörs, NPD: Na, das ist doch schon was.)

Das ist schon ein Anfang für unsere Arbeit hier in diesem demokratischen Parlament.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist für uns auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil wir sagen, 21 Jahre nach der friedlichen Revolution,

(Stefan Köster, NPD: Sie waren sehr käuflich.)

in der wir jetzt hier endlich sein können im Landtag, bedeutet das,

(Udo Pastörs, NPD: Das war nicht die letzte.)

wir können gemeinsam mit Ihnen an der Weiterentwicklung unseres Bundeslandes arbeiten, und deshalb ist es uns wichtig, dieses gemeinsame Zeichen hier zu setzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben außerdem vereinbart, dass es eine Parlamentsreform geben soll, weil wir tatsächlich auch Änderungsbedarf in der Geschäftsordnung sehen. Uns liegt zum Beispiel daran, Öffentlichkeit bei den Ausschusssitzungen herzustellen.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Wir haben gemeinsam vereinbart, dass wir dies uns auch eine Zeit lang angucken wollen und dann entscheiden,

ob es geeignete Mittel gibt, dieses in die Verfassung mit aufzunehmen. Das ist auch der ganz klare Grund, warum es dazu keinen Änderungsantrag gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es ist in der Verfassung schlicht geregelt und wir achten diese Verfassung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das konnte der
Rechtsanwalt, der angebliche, nicht wissen. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Trotz allem, es lässt sich nicht alles in einer Geschäftsordnung regeln. Dazu gehört die Praxis im Parlament, unter anderem natürlich auch die Sitzordnung. Wir sind der Meinung, in diesem Parlament sollte niemand neben der NPD sitzen,

(Stefan Köster, NPD: Dann gehen Sie
doch alle raus! Es zwingt Sie keiner.)

und deswegen werden wir uns fünf Jahre lang engagieren für Demokratie und gegen Rechts und gehen Sie davon aus, in der 7. Legislaturperiode sitzen Sie dann nicht mehr hier.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stefan Köster, NPD: Das hat die FDP am
Anfang auch gesagt. Das hat die FDP
vor fünf Jahren auch gesagt. Und
wer ist jetzt nicht mehr drin? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie die NPD also im Grunde genommen – die NPD geht ja selber davon aus, dass sie in der Tradition der NSDAP steht –

(Stefan Köster, NPD: Unfug!)

in dieser Tradition mit dem Parlamentarismus umgeht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das haben Sie historisch bewiesen am 24. März 1933 im Berliner Reichstag,

(Udo Pastörs, NPD: So ein Blödsinn! –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

wo sie die gesamte Opposition so massiv unterdrückt haben, dass am Ende das Ermächtigungsgesetz herauskam, und genau diesen Stil wollen wir natürlich in diesem Landtag nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist auch ein wesentlicher Punkt.

Natürlich hätte eine Mehrheit des Landtages eine Geschäftsordnung auch ganz allein beschließen können, ohne die kleineren Oppositionsfraktionen, aber das ist das Signal, dass die Mehrheit sagt, wir verständigen uns auf gemeinsame Regeln und versuchen, ein faires Verfahren unter den demokratischen Fraktionen hier in diesem Landtag hinzubekommen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

In diesem Sinne freue ich mich auf eine konstruktive Opposition in diesem Landtag und wir hoffen, die Demokratie in diesem Land beleben zu können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern für die 6. Wahlperiode.

Ich rufe auf den Paragraphen 1 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der NPD dieser Paragraph angenommen ist.

Ich rufe auf den Paragraphen 2 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/14 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/14 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

(Udo Pastörs, NPD: Da war
eine Enthaltung, glaube ich.)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/14 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Wer dem Paragraphen 2 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Enthaltungen stelle ich nicht fest. Damit ist der Paragraph 2 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 3 bis 16 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 3 bis 16 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 3 bis 16 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 17 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/15 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/15 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/15 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 17 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 17 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Ablehnung durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 18 bis 26 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 18 bis 26 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 18 bis 26 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 27 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu lasse ich über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag des Abgeordneten Heinz Müller zunächst abstimmen. Dieser Änderungsantrag hat folgenden Wortlaut: „§ 27 Satz 2 wird wie folgt gefasst: Das Nähere zum Verfahren des Wahlprüfungsausschusses regelt das Gesetz über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz – LKWG M-V).“ Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Danke. Bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung durch die Fraktion der NPD ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Wer dem Paragraphen 27 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 27 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 28 bis 39 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 28 bis 39 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 28 bis 39

in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 40 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/16 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/16 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Enthaltungen stelle ich nicht fest. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/16 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 40 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 40 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 41 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/17 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/17 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/17 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 41 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 41 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 42 bis 45 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 42 bis 45 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 42 bis 45 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 46 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/18 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/18 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein

Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/18 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 46 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 46 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 47 bis 65 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 47 bis 65 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 47 bis 65 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 66 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/19 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/19 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/19 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 66 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 66 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 67 bis 71 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 67 bis 71 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit sind die Paragraphen 67 bis 71 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 72 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/20 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/20 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke.

Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/20 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 72 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 72 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 73 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/21 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/21 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/21 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 73 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Paragraph 73 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 74 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/22 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/22 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/22 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 74 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Paragraph 74 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 75 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/23 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Druck-

sache 6/23 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/23 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 75 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Paragraph 75 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Ablehnung durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 76 bis 83 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 76 bis 83 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit sind die Paragraphen 76 bis 83 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 84 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/24 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 6/24 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/24 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 84 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Paragraph 84 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 85 bis 91 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 85 bis 91 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Paragraphen 85 bis 91 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 92 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/25 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Druck-

sache 6/25 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/25 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und bei Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Paragraphen 92 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der Paragraph 92 in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 bei Zustimmung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Ablehnung durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 93 bis 114 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1. Wer den Paragraphen 93 bis 114 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Paragraphen 93 bis 114 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Antrages auf Drucksache 6/1 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wer der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 6/1 insgesamt mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Ablehnung durch die Fraktion der NPD beschlossen.

Damit sind wir mit einer Geschäftsordnung und den vorläufig benannten Schriftführern handlungsfähig, meine Damen und Herren.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, benenne ich die Abgeordnete Martina Tegtmeier als vorläufige Schriftführerin und den Abgeordneten Torsten Koplín als weiteren vorläufigen Schriftführer zur Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Wahl der Landtagspräsidentin. Hierzu liegt Ihnen auf Drucksache 6/2 der Vorschlag der Fraktion der SPD vor, die Abgeordnete Sylvia Bretschneider zur Landtagspräsidentin zu wählen. Auf Drucksache 6/11 liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der NPD vor.

Wahl der Landtagspräsidentin/ des Landtagspräsidenten

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 6/2 –

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/11 –

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 1 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung des Landtages ist die Wahl zur Landtagspräsidentin geheim abzuhalten. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von einem der vorläufigen Schriftführer vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem vorläufigen Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Das ist geschehen.

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl der Landtagspräsidentin und bitte, die Namen der Abgeordneten aufzuerufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Ich stelle fest, dass sich alle Mitglieder des Hauses an der Wahl beteiligt haben, ihre Stimme abgegeben haben. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 14.25 Uhr

Wiederbeginn: 14.36 Uhr

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Landtagspräsidentin bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben. Alle 71 Stimmen waren gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Sylvia Bretschneider 66 Abgeordnete.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stimmten für den Abgeordneten Michael Andrejewski fünf Abgeordnete.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Damit stelle ich fest, dass die Abgeordnete Sylvia Bretschneider die nach Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Kollegin Bretschneider: Nehmen Sie die Wahl zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern an?

Sylvia Bretschneider, SPD: Ja.

Alterspräsident Dr. Fritz Tack: Frau Präsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses – das ist ja hier eben schon geschehen – und auch ich selbst wünsche Ihnen Glück und Erfolg für das verantwortungsvolle Amt zum Wohle unseres Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Meine Damen und Herren, damit habe ich meine Aufgabe erfüllt und ich bitte Sie, Frau Präsidentin, Ihr Amt hier zu übernehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut gemacht, Herr Professor. – Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete des 6. Landtages Mecklenburg-Vorpommern! Sehr geehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Ich bin schon ein wenig sprachlos über dieses wunderbare Ergebnis und bedanke mich bei Ihnen allen, bei den demokratischen Abgeordneten des Hohen Hauses für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Bitte gestatten Sie mir, dass ich mich gemäß der guten Sitte zunächst noch einmal ganz ausdrücklich bei Herrn Professor Fritz Tack für seine Arbeit als Alterspräsident bedanke. Ich denke, als Diplomlandwirt und Hochschullehrer, Herr Professor Tack, bringen Sie in Ihrer Biografie eine ganze Menge von dem zusammen, was unser Land ausmacht: das Bodenständige und das Forschend-Nachdenkliche.

(Udo Pastörs, NPD: Das Rote vor allen Dingen.)

Und das ist auch in Ihrer souveränen Sitzungsleitung und in Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zustimmung zu meiner Wahl nehme ich als Auszeichnung und als Verpflichtung, als Auszeichnung des Amtes der Präsidentin des höchsten Verfassungsorgans und als Verpflichtung meiner Person. Und da wird ein zentrales Stichwort meiner Amtsführung in der 6. Wahlperiode eine

Eigenschaft sein, die zentral für unser Menschenbild ist: die Würde.

(Udo Pastörs, NPD: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“)

Lassen Sie mich versuchen, in einigen wenigen Worten diesen Begriff mit Blick auf unser Parlament und unser Land und unsere Bürgerinnen und Bürger mit Leben zu erfüllen.

(Stefan Köster, NPD: Endlich soll das Haus würdevoll werden.)

Zuallererst ist es meine Aufgabe, den Sitzungen und Beratungen dieses Parlaments vorzustehen. „Würde“ bedeutet für mich in diesem Zusammenhang, der Verfassung unseres Landes und der Geschäftsordnung unseres Hauses entsprechend den Landtag ohne Ansehen der Person und der politischen Richtung zu leiten,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, auch das noch!)

um mich nach innen und außen zum Wohle des gesamten Parlaments und der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einzusetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Sachlichkeit und Neutralität sind Kernbestandteile meiner in diesem Sinne mit dem Begriff der „Würde“ verbundenen Amtsführung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Umgekehrt heißt das natürlich unmissverständlich auch, dass ich das höchste Verfassungsorgan unseres Landes gegen alle Angriffe auf die Würde der Bürgerinnen und Bürger und dieser von ihnen gewählten Institution „Landtag“ verteidigen werde.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Der 5. Landtag hat in diesem Zusammenhang auf der Grundlage einer Volksinitiative unsere Verfassung geändert. Artikel 18a enthält seitdem eine ausdrückliche Absage an Rassismus und Extremismus, eine Verpflichtung zum inneren und äußeren Frieden und zur Gewaltfreiheit. Es ist auch unsere Aufgabe, diesen Verfassungsartikel mit Leben zu erfüllen, und ich werde rassistische, verfassungsfeindliche, extremistische

(Udo Pastörs, NPD: Sie definieren dann gleich in einer Sekunde, was das ist, Frau Präsidentin. So ist das, wie üblich.)

und undemokratische Äußerungen und Handlungen in diesem Hause nicht dulden.

„Würde“ – das hat auch etwas mit den Arbeitsbedingungen hier im Hause zu tun.

(Stefan Köster, NPD: Die sind in Ordnung.)

Sitz des Landtages ist – und das ist in unserer Verfassung verankert – das Schloss Schwerin. Dieses historische Gebäude ist ein über die Grenzen unseres Landes und über die deutschen Grenzen hinaus bekanntes Symbol für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Es ist aber

eben auch Parlamentssitz. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich so in den Plenarsaal schaue, dann fallen mir zwei Vergleiche ein, denn dieser Plenarsaal ist eigentlich nicht besonders würdevoll.

(Udo Pastörs, NPD: Wieso nicht?)

Es sieht so ein bisschen aus wie in alten Schulgebäuden beim Frontalunterricht

(Udo Pastörs, NPD: Dann muss man eben Geld ausgeben, damit das mondäner wird.)

und die Sitzmöglichkeiten hier ähneln gleichzeitig der Situation in einem Bus. Vor diesem Hintergrund bekenne ich mich dazu und werbe auch bei Ihnen darum,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir einen vernünftigen, einen würdigen Plenarsaal benötigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Denn eine Landtagsdebatte ist eben keine Busfahrt.

(Udo Pastörs, NPD: Nee.)

Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Plenarsaal mit einer vernünftigen Kubatur, in dem wir uns so, wie das im Parlament üblich ist, gegenüber sitzen können, uns auch dabei helfen würde, unsere Debattenkultur noch weiter zu verbessern.

(Stefan Köster, NPD: Es ist ja nicht Ihr Geld, was da zum Fenster rausgeschmissen wird. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und noch ein weiterer Punkt zum Schweriner Schloss, Stichwort „Weltkulturerbe“. In diesem Jahr soll die Bewerbung des Schlosses um die Aufnahme auf die Weltkulturerbeliste weiter vorangetrieben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines muss hier ganz klar sein: Wir machen das nicht, um rückwärtsgerichtet die Vergangenheit oder selbstverliebt die Architektur unseres Landtagsitzes zu überhöhen. Aus dem Schweriner Schloss soll insgesamt eben kein Museum werden.

Wir haben diese Bewerbung in der 5. Wahlperiode im fraktionsübergreifenden Konsens in Angriff genommen, weil wir gemeinsam der Auffassung waren, dass die Aufnahme des Schweriner Schlosses auf die Weltkulturerbeliste der beste Weg ist, dieses Schloss als Sitz des Landtages zukunftsfähig zu machen und damit das Erbe zu bewahren. Ich hoffe und werbe dafür, dass wir in dieser Wahlperiode diesen Weg weitergehen werden. Denn dabei ist eines ganz klar und deutlich: Ohne Landtag gäbe es das Schweriner Schloss heute nicht in dieser Form und in diesem Zustand.

Und so steht das Schweriner Schloss beispielhaft für das ganze Land, denn genau das ist es, was uns – und da, denke ich, kann ich einen Konsens der demokratischen Parteien hier in Anspruch nehmen – hier als Landtag für das gesamte Land am Herzen liegt. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig machen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit dem Geld der Steuerzahler.)

Und, meine Damen und Herren, auch das ist eine Frage der Würde, eine Frage der Fähigkeit unseres Landes,

(Stefan Köster, NPD: Welche Sie gegen die Wand gefahren haben.)

seine Zukunft selbst zu gestalten. Über die Frage, wie wir denn nun diese Herausforderung im Einzelnen meistern, lässt sich trefflich streiten, politisch im Landtag, und nicht in einem Bus und nicht in einem Unterrichtsraum einer Schulklasse, sondern in einem würdevollen Plenarsaal.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: In einem Luxussaal.)

Dabei müssen wir immer daran denken, wer hier der Souverän ist:

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

unsere Bürgerinnen und Bürger!

(Stefan Köster, NPD: Machen wir einen Volksentscheid darüber.)

Artikel 3 unserer Verfassung bringt es ganz klar auf den Punkt und ich zitiere: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, um dann missbraucht zu werden.)

Und unsere Aufgabe als gewählte Volksvertreterinnen und Vertreter des Volkes ist es, Lösungen anzubieten für tatsächliche Probleme. Da haben wir in den vergangenen Jahren einiges bewegt und haben auch noch einiges zu bewegen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie haben eine Menge bewegt. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

So lag die Arbeitslosenquote im Durchschnitt des Jahres 2006 bei 20,8, das entsprach mehr als 167.000 arbeitslosen Menschen. Im Jahresdurchschnitt 2009 lagen wir dann bei knapp über 13 Prozent. Vor gut einem Monat, Anfang September, lag die Arbeitslosenquote landesweit bei 11,1 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Vergessen Sie nicht die 250.000, die abgehauen sind, die da nicht drinstehen!)

Im Bereich Ludwigslust/Parchim haben wir eine Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist ja ein Lügenbericht.)

Und ich möchte, dass Sie mich hier richtig verstehen: Das sind immer noch 94.700 Menschen, die keine Arbeit haben,

(Udo Pastörs, NPD: Auf der Flucht aus unserem Land.)

und diese Zahl ist immer noch zu hoch. Wir haben immer noch zu viel Arbeitslose. Doch bezogen auf den Beginn der letzten Wahlperiode ist die Arbeitslosigkeit immerhin fast halbiert. Wir sollten alles daransetzen, auf diesem Weg weiterzugehen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und es bleiben weitere Baustellen: das Lohnniveau, die Armutsbekämpfung. Denn es ist wichtig, dass die Menschen, die Arbeit haben, auch davon leben können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch das ist ein Element von Würde.

Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften im Land, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land werden wir auch dort Verbesserungen schaffen. Und dann ist mir nicht bange vor einer Sitzung, die hier in fünf Jahren stattfinden wird und wo dann wieder neu beraten wird darüber, wie es weitergeht und wo man Bilanz ziehen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Na, warten wir mal ab!)

Unsere Beratungen hier in den kommenden fünf Jahren können auch ein Baustein sein, damit wieder mehr Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande aktiv von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, ein Baustein gegen die sogenannte Politikverdrossenheit. Und es gibt sicherlich auch eine Politikerverdrossenheit, eine Verdrossenheit gegenüber einzelnen Personen, manchmal auch gegen Politiker insgesamt. Herr Tack ist darauf schon eingegangen. Hier ist jeder von uns gefragt, durch seine Haltung und durch seine Arbeit ein Beispiel zu setzen, deutlich zu machen, dass wir willens und in der Lage sind, den Menschen in unserem Lande zuzuhören und bei der Lösung ihrer Probleme dabei mitzuhelfen, sie in die Lage zu versetzen, ihre Probleme, so sie können, auch selbst zu lösen.

Und, meine Damen und Herren Abgeordnete, auch das ist eine Form von Würde, die Hilfe zur Selbsthilfe, das Ernstnehmen der Bürgerinnen und Bürger.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Ich bin überzeugt, die Menschen in unserem Land sind weltoffen, sie stehen für ein friedliches Mecklenburg-Vorpommern in der Ostseeregion an der Seite der Nachbarn und Freunde in Europa. Und in der Tat: Europa und die Welt – beides ist kompliziert geworden. Rettungsschirme, Bürgschaften, Staatsschulden, Staatspleiten –

(Udo Pastörs, NPD: Wie kommt das wohl?)

das sind nur einige Überschriften aus der Diskussion in den letzten Monaten.

Ich halte es vor diesem Hintergrund für enorm wichtig, dass wir unsere Arbeit mit den Partnern insbesondere im Ostseeraum, so, wie die Verfassung uns das aufträgt, fortsetzen und, wo es geht, intensivieren.

(Udo Pastörs, NPD: Transfers intensivieren.)

Wir haben uns in den vergangenen Wahlperioden eine Tradition in der Zusammenarbeit mit anderen erarbeitet,

die wir fortsetzen sollten. Wir haben uns auch als Landtag hohes Ansehen in der Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten im Ostseeraum erworben. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Selbstzweck.

(Udo Pastörs, NPD: Nein.)

Denn als kleines Land werden wir auch in Europa besser gehört, wenn wir gemeinsam mit Nachbarn und Verbündeten unsere Stimme erheben. Und wir werden dafür zu sorgen haben, diese Weltoffenheit, die wir für uns in Anspruch nehmen, den Kindern und Jugendlichen bei uns im Land zu vermitteln, ihnen die Chancen zu eröffnen, die sie in einem geeinten Europa haben.

Lassen Sie mich mit einem Wunsch für die Zukunft enden, den ich an ein chinesisches Sprichwort anlehne,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

das da lautet: „Es gibt Menschen, die fangen Fische, und es gibt Menschen, die nur das Wasser trüben.“

(Udo Pastörs, NPD: Oh, das war ja ein tolles Ding! Das ist ja ein Niveau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen, lassen Sie uns gemeinsam Fische fangen! – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wahl eines dritten Vizepräsidenten, auf Drucksache 6/3. Gemäß Paragraph 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag beschließen, weitere Vizepräsidenten zu wählen. Auf dieser Grundlage hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, einen dritten Vizepräsidenten zu wählen.

Bestimmung der Anzahl der Vizepräsidenten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wahl eines dritten Vizepräsidenten – Drucksache 6/3 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Jürgen Suhr. Bitte schön.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Präsidentin hat gerade die Rechtsgrundlage genannt, vor deren Hintergrund wir Ihnen heute diesen Antrag vorlegen, und ich möchte gerne kurz begründen, warum wir dies tun. Wir haben gerade von der besonderen Bedeutung dieses Parlaments und des Präsidiums gehört. Frau Bretschneider hat das, wie ich finde, richtig ausgeführt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mir von besonderer Bedeutung ist: Das Präsidium beziehungsweise die Präsidentin wahrt die Würde und die Rechte des Landtages. Und lassen Sie mich an dieser Stelle eine

Bemerkung machen. Ich habe ja die überaus zweifelhafte Ehre, dort auf der rechten Seite sehr nah zu hören, was von den Rechtsextremen immer wieder an Zwischenrufen hier in dieses Plenum hineingeworfen wird.

(Udo Pastörs, NPD:
Damit hier keiner einschläft.)

Das, in der Tat, meine Herren, ist dieses Parlaments unwürdig und, Frau Präsidentin, Sie werden von uns alle Unterstützung erhalten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Udo Pastörs, NPD: Bravo! –
Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

um das so weit wie möglich einzudämmen.

Das Präsidium repräsentiert dieses Haus nach außen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das ist ebenfalls für uns von besonderer Bedeutung. Es ist besonders wichtig, gerade nach dem Ergebnis dieser Landtagswahl, weil ich glaube, dass extrem wichtig ist, dass wir alle, aber insbesondere das Präsidium, für den Landtag

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

deutlich machen, dass dieses Bundesland ein weltoffenes Bundesland, ein tolerantes Bundesland ist und dass dieses ein Bundesland ist, in dem die Gäste aus dem In- und Ausland

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD –
Stefan Köster, NPD:
Die gehen ja aber
jedenfalls wieder.)

herzlich willkommen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist auch gerade das Präsidium,

(Udo Pastörs, NPD: Ich
suche mir meine Gäste aus. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kommt
aber keiner, ne? – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der SPD)

es ist auch gerade das Präsidium, welches, wie ich finde, nach außen hin deutlich machen muss, dass die Demokraten in diesem Haus zusammenstehen gegen diejenigen,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

gegen diejenigen, die unsere Demokratie infrage stellen.

Es würde Ihnen bei Ihrer bildungspolitischen Entwicklung durchaus helfen, wenn Sie ab und zu mal zuhören würden, anstatt ständig unqualifizierte Äußerungen in dieses Haus hineinzurufen.

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie
überhaupt zur Schule gegangen? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das fragt ausgerechnet Köster. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, gerade dieses Präsidium muss nach außen hin deutlich machen, dass wir zusammenstehen gegenüber denjenigen, die diese Demokratie infrage stellen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dass wir nicht die Menschen ausgrenzen, die aus anderen Ländern und Kulturen kommen. Und ich glaube, das ist eine einvernehmliche Grundlage der demokratischen Fraktionen in diesem Haus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Wir haben deshalb heute gemeinsam die Schweriner Erklärung ...

(Udo Pastörs, NPD: Gut gebrüllt, Löwe.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es handelt sich um die Einbringung zu einem Antrag und ich bitte Sie im Plenum, der Einbringungsrede aufmerksam zu folgen und hier nicht durch ständiges Zwischenrufen den Ablauf der Sitzung zu stören, Herr Pastörs.

Bitte schön, Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Recht vielen Dank, Frau Präsidentin! Aber die Herren dort auf der rechten Seite scheinen nach ihrer Lautstärke ob der Dinge, die ich hier vortrage, ziemlich getroffen zu sein.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Weil ansonsten,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

weil ansonsten würden Sie sich ja nicht in dieser unflätigen und unqualifizierten Art und Weise weiter äußern.

(Udo Pastörs, NPD: Sie
überschätzen sich maßlos. –
Heinz Müller, SPD:
Getroffene Hunde bellen.)

Wir haben am heutigen Tage gemeinsam die Schweriner Erklärung unterschrieben und ich glaube, dass es ein gutes Zeichen ist, wenn alle demokratischen Fraktionen

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

den Inhalt dieser Erklärung und den Geist dieses Hauses

(Udo Pastörs, NPD:
Den Geist dieses Hauses.)

den die Demokraten in diesem Parlament mit dieser Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, auch über das Präsidium nach außen tragen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Aber ich will an dieser Stelle auch sagen, für uns Bündnisgrüne, die wir heute das erste Mal in diesem Parlament sprechen dürfen und mitwirken dürfen, hat das Präsidium auch eine überaus wichtige Funktion nach innen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja klar.)

Wir haben uns auf die Fahne geschrieben, eine konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Eine konstruktive Oppositionsarbeit bedeutet, dass wir nicht reflexartig

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

jeden Antrag, der von der Regierungskoalition kommt, ablehnen, sondern nach Sachgesichtspunkten entscheiden.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, wie gnädig.)

Konstruktive Opposition heißt auch, dass wir die Grundlagen von Fairness und Achtung

(Udo Pastörs, NPD: Ach ja!)

zur Grundlage unserer Haltung machen im Umgang miteinander.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hart in der Sache zu streiten, gehört zur Demokratie, aber fair und offen miteinander umzugehen ...

(Udo Pastörs, NPD: Mit Verlaub, Sie sind ein Arschloch, hat einmal Herr Fischer gesagt im Bundestag, Joschi Fischer.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf für Ihr ständiges Stören hier.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Haltung der Demokraten, meine Damen und Herren, die Haltung der Demokraten ist getragen davon, sich hart in der Sache zu streiten im besten demokratischen Sinne, aber gleichzeitig mit tiefer Akzeptanz vor der Position des Andersdenkenden fair miteinander umzugehen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Auch dafür trägt das Präsidium eine besondere Verantwortung und wir freuen uns vor diesem Hintergrund, dass die demokratischen Fraktionen DIE LINKE, CDU und SPD ohne Vorbehalte,

(Udo Pastörs, NPD: Wunderbar.)

ohne Vorbehalte deutlich gemacht haben, dass sie sich wünschen würden, wenn auch unsere Fraktion im Präsidium vertreten wäre.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag zu verstehen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Suhr.

Es ist zwischen den Fraktionen vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Stefan Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele von Ihnen kennen meine Kameraden und mich noch nicht und ich kann Ihnen versprechen, Sie werden uns in den nächsten Jahren kennenlernen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Oh jetzt haben wir aber Angst, Herr Köster.)

Sie erinnern sich sicherlich auch noch an die glorreichen Worte des ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Michael Roolf vom 16. Oktober 2006, Zitat: „Bereits am Wahlabend des 17. September“,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

gemeint war das Jahr 2006, „haben sehr viele Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch europaweit mit Sorge auf das Wahlergebnis hier in Mecklenburg-Vorpommern geblickt. Wir haben in den letzten Wochen und auch am heutigen Tag erleben müssen und erleben können, welch schwierige Herausforderung und welch schwierige Aufgabe auf uns als Parlament zukommt.“ Zitatende. Und nach einigen beschwörenden Sätzen, was innerhalb und außerhalb des Landtages dringend geschehen müsse, um die Bürger wieder für Ihre Art der Demokratie zurückgewinnen zu können, setzte er weiter fort – und Sie wissen ja, die FDP, und das ist an die Adresse der GRÜNEN gerichtet, hat den Kampf um die Wähler deutlich verloren. Aber der ehemalige FDP-Fraktionsvorsitzende Herr Roolf versuchte sich dann genauso kümmerlich wie die GRÜNEN in einer Begründung, warum damals ein dritter Vizepräsident nötig gewesen sein sollte, Zitat:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Diese vielen Aufgaben ..., die sich uns hier im Parlament stellen, brauchen eine breite Basis und brauchen eine demokratische Basis. Daher bitte ich Sie, unserem Antrag auf Wahl eines dritten Vizepräsidenten zuzustimmen, damit dieses Parlament leistungsstark, dynamisch und demokratisch den Anforderungen und Themen der Zukunft hier Mecklenburg-Vorpommern gerecht wird.“ Zitatende.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Nichts anderes haben wir gerade von Herrn Suhr gehört. Sie hören, dass es Herrn Roolf bereits im Jahre 2006 sehr schwerfiel zu begründen, warum dieses Haus einen dritten Vizepräsidenten benötigt, warum dieses Haus einen weiteren gut bezahlten Posten benötigt.

(Michael Andrejewski, NPD:
Früher brauchte es das nicht. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie sich 2006 aus Sicht der NPD-Fraktion die FDP-Fraktion billig kaufen ließ, so tritt nun die Fraktion der GRÜNEN an der Stelle der FDP-Fraktion.

(Heinz Müller, SPD: Die Stelle. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
An die Stelle, an die Stelle.)

An die Stelle, steht hier auch, danke. Versprecher, Herr Dr. Nieszery, danke schön.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer wieder gerne, Herr Köster.)

Musste doch für Frau Gajek, der Spitzenkandidatin der GRÜNEN, der Spitzenkandidatin der GRÜNEN ein Versorgungsposten geschaffen werden, damit Sie, Herr Suhr, für den Fraktionsvorsitzendenposten nicht, also damit die Frau Gajek dem Herrn Suhr nicht mehr im Wege steht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und so ein Vizepräsidentenposten ist äußerst lukrativ. Einerseits gibt es einen Aufschlag von 50 Prozent auf die Diät und darüber hinaus zahlt der Landtag – also die Steuerzahler – noch die Kosten für einen Dienstwagen.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All dies braucht der Landtag, braucht Mecklenburg-Vorpommern, brauchen die Bürger in unserer Heimat nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann kriegen
Sie Ihren Antrag zurück, Herr Köster. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Warum ist Herr Müller mit
dabei, warum wollte das
Herr Müller werden?)

Deshalb ist der Antrag nur abzulehnen, es wird aber mal wieder deutlich, die GRÜNEN wollen nicht Politik gestalten, sie sind käuflich. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Peter Ritter.

(Stefan Köster, NPD: Machen Sie
das Podium herunter, sonst sieht
man Sie gar nicht, Herr Ritter.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir zunächst, dass ich Ihnen im Namen meiner Fraktion noch einmal recht herzlich zu Ihrer Wahl gratuliere. Ich wünsche Ihnen, auch im Namen der demokratischen Fraktionen, für die Ausübung Ihres Amtes viel Erfolg und uns eine gute Zusammenarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Andrejewski, seines Zeichens studierter Rechtsanwalt, es hat ja lange genug gedauert,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Michael Andrejewski, NPD: Immerhin.)

musste, wie er vorhin gesagt hat, googeln,

(Udo Pastörs, NPD: Besser als Politoffizier.)

um festzustellen, was „Benehmen“ heißt.

Die NPD-Fraktion beweist seit Beginn dieser Sitzung, dass sie kein Benehmen hat. Insofern, meine Herren von der NPD-Fraktion, es hat sich nicht viel geändert, außer dass Sie einer weniger geworden sind. Herr Pastörs, vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt, Sie haben Ihre Wahlziele nicht erreicht. Ihr brauner Stern ist im Sinken, das ist die Qualität für Ihre Nichtarbeit in den letzten fünf Jahren, Herr Pastörs.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Udo Pastörs, NPD: Das war doch nur
Geblöke, damit wir rausfliegen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rechtsgrundlage für den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde benannt. Bereits zu Beginn der letzten Wahlperiode hat der Landtag mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen auf Antrag der FDP-Fraktion beschlossen, einen dritten Vizepräsidenten zu wählen, aus gutem Grund. Heute stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen solchen Antrag. Meine Fraktion wird, wie die anderen demokratischen Fraktionen, dieses Anliegen unterstützen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Einigkeit der Bonzen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Denn wir halten es grundsätzlich für richtig, dass alle demokratischen Fraktionen im Präsidium unseres Landtages vertreten sind. Das war guter parlamentarischer Brauch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und das soll auch so bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber da die NPD-Fraktion einen Personalvorschlag für genau diesen Vizepräsidentenposten vorgelegt hat, den Herr Köster jetzt wortgewaltig abgelehnt hat, gestatten Sie mir doch einige Bemerkungen zu diesem Personalvorschlag.

(Udo Pastörs, NPD: Wir stellen immer
Gegenkandidaten, grundsätzlich.)

Offensichtlich ist auch die NPD-Fraktion, wie sie so schön formuliert, scharf auf Posten, wo sie doch sonst gegen Postengescharre ist. Wenn Sie einmal ehrlich wären, was Ihnen zugegebenermaßen schwerfällt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

würden Sie den Vorschlag Tino Müller sofort zurückziehen, meine Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der NPD-Abgeordnete Müller steht zur Wahl und es versteht sich von selbst, dass die demokratischen Fraktionen einen Kandidaten einer verfassungsfeindlichen und rechtsextremistischen Fraktion nicht wählen.

(Zurufe von Udo Pastörs, NPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Denn einen Kandidaten einer Fraktion, die, wie wir in den letzten fünf Jahren oft genug erleben mussten, mit den Mitteln des Parlaments das Parlament abschaffen will, einen solchen Kandidaten kann man nicht wählen. Einen Kandidaten einer Fraktion, die in den zurückliegenden fünf Jahren mehr als einmal bewiesen hat, dass sie demokratiegefährdend und verfassungsfeindlich ist, einen solchen Kandidaten kann man nicht wählen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einen Kandidaten einer Fraktion, Herr Pastörs, deren Vorsitzender wegen Volksverhetzung verurteilt wurde, einen solchen Kandidaten einer solchen Fraktion kann man nicht wählen.

(Stefan Köster, NPD: Das ist in diesem System Anerkennung.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Kandidaten, der einer der führenden Köpfe der zu Recht verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend war, einen solchen Kandidaten wird dieser Landtag niemals wählen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gestatten Sie mir abschließend aus der heute unterzeichneten Erklärung der Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen zu zitieren, dort heißt es: „Die demokratiefeindliche Grundhaltung der NPD ist für uns Anlass genug, alle parlamentarischen Möglichkeiten gemeinsam zu nutzen, um die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in ihre Schranken zu verweisen.“

(Udo Pastörs, NPD: Die Sie sich selbst abgeschafft haben.)

„Wer sich selbst und seine politischen Ziele ‚verfassungsfeindlich‘ nennt, kann nicht auf politischer Gleichbehandlung bestehen und diese einfordern.“ Zitatende.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3. Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Damit wählt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern für die Dauer der 6. Wahlperiode gemäß Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung einen dritten Vizepräsidenten.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Wahl der Vizepräsidenten des Landtages. Hierzu liegen Ihnen Wahlvorschläge der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Wahl der Vizepräsidenten des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 6/4 –

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/5 –

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/6 –

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/12 –

Die Fraktion der CDU schlägt auf Drucksache 6/4 zur ersten Vizepräsidentin des Landtages die Abgeordnete Beate Schlupp vor.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt wirds modisch. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD –
Udo Pastörs, NPD: Das war ein Lob.
Das war ein Lob. Da haben
wir wenigstens mal was
Hübsches vorne sitzen.)

Für die Wahl der zweiten Vizepräsidentin verweise ich auf die vorliegende Drucksache 6/5, mit der die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, die Abgeordnete Regine Lück zur zweiten Vizepräsidentin zu wählen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt für die Wahl der dritten Vizepräsidentin auf Drucksache 6/6 vor, die Abgeordnete Silke Gajek zu wählen.

Die Fraktion der NPD hat ebenfalls einen Vorschlag vorgelegt für die Wahl des dritten Vizepräsidenten auf Drucksache 6/12 und schlägt vor, den Abgeordneten Tino Müller zu wählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit

Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung sind die Wahlen geheim

(Udo Pastörs, NPD:
Können wir abschaffen.)

und in getrennten Wahlgängen abzuhalten. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraf 90 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wir kommen jetzt zur Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages.

Den für die Wahl der ersten Vizepräsidentin allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den vorläufigen Schriftführern vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name der Kandidatin aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie Ihren Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmurne leer ist.)

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte nun, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten für die Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15.25 Uhr

Wiederbeginn: 15.37 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 70 gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Beate Schlupp 60 Abgeordnete mit Ja, 9 Abgeordnete mit Nein

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete enthielt sich der Stimme.

Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Beate Schlupp die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Frau Schlupp, nehmen Sie die Wahl an?

Beate Schlupp, CDU: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die herzlichen Glückwünsche des Hauses.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Gratulationen)

Frau Schlupp, Frau Vizepräsidentin, auch ich selbst wünsche Ihnen alles Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle unseres Landes und uns natürlich eine sehr gute Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch!

Wir kommen nun zur Wahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages.

Den für die Wahl der zweiten Vizepräsidentin allein gültigen blauen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den vorläufigen Schriftführern vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name der Kandidatin aufgeführt. Für die Wahl der zweiten Vizepräsidentin gilt das gleiche Prozedere, welches ich im Zusammenhang mit der Wahl der ersten Vizepräsidentin erläutert habe.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmurne leer ist.)

Vielen Dank.

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und ich bitte, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa vier Minuten für die Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15.53 Uhr

Wiederbeginn: 16.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 70 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Regine Lück 60 Abgeordnete mit Ja, 10 Abgeordnete mit Nein und keiner enthielt sich der Stimme.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Regine Lück die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Lück: Nehmen Sie die Wahl an?

Regine Lück, DIE LINKE: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Frau Vizepräsidentin, darf ich Sie kurz zu mir bitten? Auch persönlich wünsche ich Ihnen natürlich viel Glück und Erfolg und uns eine gute Zusammenarbeit hier im Präsidium.

Wir kommen nun zur Wahl des dritten Vizepräsidenten des Landtages.

Den für die Wahl der dritten Vizepräsidentin, des dritten Vizepräsidenten allein gültigen grünen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den vorläufigen Schriftführern vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie Ihren Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmurne leer ist.)

Ich bitte jetzt, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligten, jetzt hier vorn ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall, deshalb schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa drei Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 16.16 Uhr

Wiederbeginn: 16.18 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der dritten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 63 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Silke Gajek 58 Abgeordnete. Es stimmten für den Abgeordneten Tino Müller 5 Abgeordnete.

Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Frau Silke Gajek die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Gajek: Nehmen Sie die Wahl an?

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen)

Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des gesamten Hauses, aber auch ganz persönlich, wünsche Ihnen Glück und Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zum Wohle des Landes Mecklenburg-Vorpommern und wünsche uns natürlich eine gute Zusammenarbeit.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Wahl der Schriftführer.

Wahl der Schriftführer des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/7 –

Nach Artikel 29 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 2 unserer Geschäftsordnung sind vom Landtag zwölf Schriftführer zu wählen.

Zur Wahl der Schriftführer liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/7 vor.

Seitens der Fraktionen sind folgende Kandidaten zum Schriftführer vorgeschlagen:

– Fraktion der SPD: die Abgeordneten Katharina Feike, Tilo Gundlack, Thomas Schwarz und Martina Tegmeier

- Fraktion der CDU: die Abgeordneten Burkhard Lenz, Detlef Lindner und Maika Friemann-Jennert
- Fraktion DIE LINKE: die Abgeordneten Barbara Borchardt, Karen Stramm und Henning Foerster
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: die Abgeordneten Jutta Gerkan sowie Johannes Saalfeld

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung sind die Wahlen geheim abzuhalten. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraf 90 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Den für die Wahl der Schriftführer des Landtages allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den vorläufigen Schriftführern vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, mit mehr als zwölf Kreuzen versehen ist, zerrissen ist, den Willen der Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmurne leer ist.)

Außerdem weise ich nochmals darauf hin, dass jedes Mitglied des Landtages zwölf Stimmen für die Wahl der Schriftführer hat. Somit sind die Stimmzettel mit mehr als zwölf Kreuzen ungültig. Ich bitte Sie, dies zu beachten.

Ich eröffne die Wahl der Schriftführer des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 16.48 Uhr

Wiederbeginn: 17.00 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Schriftführer des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden insgesamt 71 Stimmen abgegeben, davon waren 66 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Katharina Feike 61 Abgeordnete, für den Abgeordneten Tilo Gundlack 62 Abgeordnete, für den Abgeordneten Thomas Schwarz 64 Abgeordnete und für die Abgeordnete Martina Tegtmeier 62 Abgeordnete, alle Abgeordneten Fraktion der SPD. Für die Wahlvorschläge der CDU stimmten für den Abgeordneten Burkhard Lenz 63 Abgeordnete, für den Abgeordneten Detlef Lindner 64 Abgeordnete, für die Abgeordnete Maika Friemann-Jennert 64 Abgeordnete. Für die Wahlvorschläge der Fraktion DIE LINKE stimmten für die Abgeordnete Barbara Borchardt 58 Abgeordnete, für die Abgeordnete Karen Stramm 61 Abgeordnete, für den Abgeordneten Henning Foerster 63 Abgeordnete. Für die Wahlvorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten für die Abgeordnete Jutta Gerkan 58 Abgeordnete und für den Abgeordneten Johannes Saalfeld 58 Abgeordnete.

Ich stelle fest, dass die Abgeordneten Katharina Feike, Tilo Gundlack, Thomas Schwarz und Martina Tegtmeier, Fraktion der SPD, die Abgeordneten Maika Friemann-Jennert, Burkhard Lenz und Detlef Lindner, Fraktion der CDU, die Abgeordneten Barbara Borchardt, Karen Stramm und Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, und die Abgeordneten Jutta Gerkan und Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Ich frage Sie, Frau Feike: Nehmen Sie die Wahl an?

Katharina Feike, SPD: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Herr Gundlack: Nehmen Sie die Wahl an?

Tilo Gundlack, SPD: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Herr Schwarz: Nehmen Sie die Wahl an?

Thomas Schwarz, SPD: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Frau Tegtmeier: Nehmen Sie die Wahl an?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Herr Lenz: Nehmen Sie die Wahl an?

Burkhard Lenz, CDU: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Herr Lindner: Nehmen Sie die Wahl an?

Detlef Lindner, CDU: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Frau Friemann-Jennert: Nehmen Sie die Wahl an?

Maika Friemann-Jennert, CDU: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Frau Borchardt: Nehmen Sie die Wahl an?

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Frau Stramm: Nehmen Sie die Wahl an?

Karen Stramm, DIE LINKE: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Herr Foerster: Nehmen Sie die Wahl an?

Henning Foerster, DIE LINKE: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich frage Sie, Frau Gerkan: Nehmen Sie die Wahl an?

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie wird gerade geholt.)

Dann frage ich erst mal Herrn Saalfeld, ob er die Wahl annimmt.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Die Fraktion der CDU hat eine Auszeit von zwei Minuten beantragt. Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 17.03 Uhr

Wiederbeginn: 17.05 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gehe davon aus, dass wir das Einverständnis der Abgeordneten Frau Jutta Gerkan nachträglich einholen und sie das uns gegenüber dann schriftlich erklärt.

Ich übermittle allen gewählten Schriftführern die Glückwünsche des Hauses, wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und uns eine gute Zusammenarbeit. Damit sind wir mit einem kompletten Sitzungspräsidium handlungsfähig und wir können in der Tagesordnung fortfahren.

Meine Damen und Herren, auf Drucksache 6/26 habe ich Ihnen eine Beschlussempfehlung gemäß Paragraph 70 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens“ vorgelegt. Nach unserer heute beschlossenen Geschäftsordnung kann der Präsident beziehungsweise die Präsidentin vor der Konstituierung des Rechtsausschusses im Landtag in Immunitätsangelegenheiten unmittelbar eine Beschlussempfehlung vorlegen. Von dieser Möglichkeit habe ich mit der Ihnen auf Drucksache 6/26 vorgelegten Beschlussempfehlung Gebrauch gemacht, nachdem mich heute ein Schreiben des Vorsitzenden Richters im Landgericht Saarbrücken erreicht hat. Mit diesem Schreiben wird im Hinblick auf die Neukonstituierung des Landtages beantragt, einen Beschluss des Landtages herbeizuführen, mit dem die Immunität des Angeklagten zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens aufgehoben wird, zu dem der Landtag für die vergangene Wahlperiode bereits am 16. Juni 2009 einen Beschluss gefasst hatte. Damit die

weitere Durchführung des Verfahrens unverzüglich erfolgen kann, sehe ich die Aufsetzung der Beschlussempfehlung auf die heutige Tagesordnung als dringlich an. Deswegen bitte ich, die Tagesordnung um die Behandlung dieser Beschlussempfehlung zu erweitern.

Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Erweiterung der Tagesordnung hiermit einstimmig beschlossen worden.

Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung behandeln? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Berechnungsverfahren für die Dauer der sechsten Wahlperiode, Drucksache 6/8. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/13 vor.

Beschlussfassung über das Berechnungsverfahren zur Berechnung der Anteile, Zugriffe und Reihenfolgen der Fraktionen

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berechnungsverfahren für die Dauer der sechsten Wahlperiode
– Drucksache 6/8 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– Drucksache 6/13 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Vincent Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In jeder konstituierenden Sitzung des Landtages beschließt dieses Parlament das Zählverfahren, was dann für die gesamte Legislaturperiode gelten soll.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Auch wenn es sicherlich zu den unterschiedlichen Zählverfahren unterschiedliche Auffassungen geben kann, so hat mittlerweile die Mehrheit der in Deutschland vertretenen Landtage das Zählverfahren d'Hondt beschlossen und wir haben uns nach einer Mehrheitsabstimmung bei den Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, dass wir Ihnen heute vorschlagen wollen, das Zählverfahren d'Hondt für die gesamte Legislaturperiode anzuwenden. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke schön, Herr Kokert.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es erhält das Wort der Abgeordnete Herr Stefan Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Inhaltliche Ausführungen zu den Zählverfahren d'Hondt und Hare/Niemeyer erspare ich Ihnen. Ich schlage Ihnen einfach vor, Sie schauen sich das Protokoll der 1. Sitzung des Landtages der 5. Legislaturperiode an, da ist es sehr ausführlich besprochen worden von mir. Sie können daraus echt was lernen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Oh, oh!)

Es liegen Ihnen ein Antrag des sogenannten Blocks vor – also jene Damen und Herren, die mit Demokratie genauso viel am Hut haben wie skrupellose Kapitalisten mit sozialer Fürsorge – und von der NPD-Fraktion zum Verfahren Hare/Niemeyer.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Warum haben wir Ihnen das vorgelegt? Zum einen, was Ihnen auch bekannt ist, verkommen die Aktuellen Stunden hier im Hause zu einer reinen Farce. Aktuelle Stunden sind dafür da, dass vor allem die Oppositionsfraktionen in einer Aktuellen Stunde den Regierungsfractionen und der Landesregierung den Spiegel vorhalten. Was passiert hier in diesem Hause? Da feiern sich die Regierungsfractionen im Rahmen dieser Aktuellen Stunde. Insofern ist dieses parlamentarische Mittel absolut eine Farce geworden.

Ein weiteres Beispiel, ein weiterer Grund, warum wir unbedingt dieses Hare-Niemeyer-Verfahren benötigen: Die NPD-Fraktion müsste Ihnen im Rahmen eines Ausschussvorsitzenden endlich einmal aufzeigen, wie unbürokratisch, schnell und zügig auch Ausschussarbeit, die in vielen Bereichen einfach überflüssig ist,

(allgemeine Unruhe)

durchgezogen werden könnte, und weil Sie endlich einmal schnell, zügig und unbürokratisch arbeiten wollen, entscheiden Sie sich für das Hare-Niemeyer-Verfahren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/13 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/13 mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/8. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/8 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/8 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses, Drucksache 6/9.

Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses gemäß § 9 Absatz 1 GO LT

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses – Drucksache 6/9 –

Gemäß Paragraph 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag einen vorläufigen Ausschuss einsetzen.

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Es ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/9. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/9 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/9 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen und der vorläufige Ausschuss gemäß Paragraph 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eingesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Vierzehnte Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 6/10.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) – 14. ÄndG AbgG M-V – (Erste Lesung) – Drucksache 6/10 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Heinz Müller von der SPD. Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der SPD, der CDU und DIE LINKE legen Ihnen hier und heute einen Entwurf für eine Novellierung – und in vielen inhaltlichen Fragen ist es eine Fortschreibung – des Abgeordnetengesetzes Mecklenburg-Vorpommern vor. Es ist also ein Gesetzesentwurf der drei demokratischen Fraktionen, die von Anfang an diesem Landtag angehören und die deshalb von sich sagen können, dass sie über die nötige praktische Erfahrung mit diesem Gesetz und seinen Anwendungen verfügen.

Zunächst, meine sehr verehrten Damen und Herren, enthält das Gesetz eine Reihe von Klarstellungen, Präzisierungen, vor allem aber Aktualisierungen, ohne dass wir hier den Charakter und die Zielsetzung dieses Gesetzes ändern würden. Dabei handelt es sich insbesondere um Aktualisierungen von Zahlen, bei denen wir eine Fortschreibung im Gesetz vorsehen, diese über die Jahre hinweg vorgenommen haben und jetzt den aktuellen Stand im Gesetz zum Ausdruck bringen. Deutlichstes Beispiel für eine solche Aktualisierung ist der Paragraph 6 des Gesetzes, das sind die Diäten, die wir als Abgeordnete beziehen. Ich darf noch mal in Erinnerung rufen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns vor einer Reihe von Jahren darauf verständigt, dass wir hier nicht jährlich eine neue Diätendiskussion führen wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Nicht wir! Sie!)

sondern dass wir uns, was unsere Diäten angeht, an einer Berufsgruppe und deren Bezahlung orientieren wollen, wo wir sagen, dass wir von der Verantwortung her

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

einen Vergleich mit uns als Abgeordneten für zulässig halten. Das sind die Richter am Landgericht, die bezahlt werden nach der Besoldungsgruppe R 2. Wir nehmen also die Besoldungsgruppe R 2, nehmen dort einen idealtypischen Richter von 40 Jahren, verheiratet, zwei Kinder, und dieses Gehalt, das er bekommt, das sind auch unsere Grunddiäten. Und wir haben in den letzten Jahren für diese Richter – und das freut nicht nur die Richter – natürlich Erhöhungen dieser Bezüge gehabt und genau diese Erhöhung von Bezügen vollziehen wir für die Abgeordneten nach. Und genau dieses steht in diesem Gesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist also nicht so, dass wir hier eine große Bereicherung beschließen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Entreichung,
Entreichung des Steuerzahlers!)

sondern wir beschließen lediglich, dass wir das, was bereits vom Grundsatz und vom Verfahren her Beschlusslage ist, mit den aktuellen Zahlen im Gesetz zum Ausdruck bringen. Ähnliches gilt für die Kostenpauschale, die die Abgeordneten erhalten – auch hier werden die jährlichen Fortschreibungen im Gesetz zum Ausdruck gebracht –, und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros. Auch hier vollziehen wir die Anpassung an die entsprechende tarifliche Entwicklung.

Eine weitere Klarstellung – und das ist vielleicht für den Betroffenen unangenehm oder auch ärgerlich –, aber eine weitere Klarstellung halten wir für notwendig in der Frage der Versorgung von Abgeordneten nach einer Scheidung. Dieses war bisher im Gesetz nicht klar geregelt und dieses vollziehen wir jetzt und führen hier eindeutige Regelungen ein.

Da wir beim Thema Versorgung sind, auch hier werden einige Änderungen vorgenommen. Die erste Änderung ist eine Anpassung an die Praxis. Wir werden bei Abgeordneten, die ausgeschieden sind und die Versorgungsansprüche haben, die Frage, wie viel Jahre Mitgliedschaft im Parlament wir hier zugrunde legen, nicht mehr stramm nach vollendeten Jahren rechnen, sondern wir werden gegebenenfalls runden. Das heißt, wenn beispielsweise ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete fünf Jahre und zehn Monate dem Parlament angehört hat, dann werden wir dieses wie sechs Jahre werten, bei sechs Jahren und zwei Monaten genauso. Wir werden also eine Rundung vornehmen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Allerdings – und das ist schon eine materielle Änderung – wollen wir, dass bei jetzt eintretenden Abgeordneten Ruhestandsbezüge grundsätzlich erst mit 67 Jahren gewährt werden. Wir vollziehen hier eine Anpassung an eine Entwicklung, die wir in der Privatwirtschaft auch haben. Ob man die nun begrüßt oder nicht, steht auf einem anderen Blatt, aber dass für Abgeordnete Besseres gelten soll als für andere, wollen wir nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir eine Anrechnung von Bezügen aus dem Europäischen Parlament beziehungsweise als Ruheständler aus dem Europäischen Parlament jetzt durch veränderte Bundesgesetzgebung hier bei uns im Landesgesetz regeln. Auch dies tun wir.

Eine weitere nicht unwesentliche Veränderung betrifft die Frage von Zulagen von Funktionsträgern im Gesetz. Wir haben bisher eine Regelung, wonach der Präsident beziehungsweise die Präsidentin, die Vizepräsidentinnen, wir haben heute ausschließlich Kolleginnen gewählt, und die Fraktionsvorsitzenden eine gesetzliche Zulage erhalten. Diejenigen, die diesem Parlament schon länger angehören, werden sich daran erinnern, dass wir in früheren Jahren eine Regelung hatten, die weit darüber hinausging und die weitere Funktionsträger, insbesondere parlamentarische Geschäftsführer, aber auch andere in den Genuss einer solchen Zulage brachte. Dieses haben wir, veranlasst durch ein Urteil zum Thüringer Abgeordnetengesetz, verändert und haben diese Zulagen aus dem Gesetz herausgenommen. Es gibt aber inzwischen eine veränderte Verfassungsrechtsprechung, wonach mindestens die Zulage für die parlamentarischen Geschäftsführer für sinnvoll und zulässig erachtet wird.

(Udo Pastörs, NPD:
Da wollen wir das mal tun.)

Auch andere Bundesländer haben diesen Weg beschritten und haben diese Zulage für Parlamentarische Geschäftsführer wieder in ihre Abgeordnetengesetze hineingeschrieben, ganz einfach, weil dies auch ein Gebot der Transparenz ist,

(Udo Pastörs, NPD: Ach so?!)

hier im Gesetz klarzumachen, was für diese Funktionsträger an Zulagen gezahlt wird, und es nicht aus den Fraktionsmitteln und damit für die Öffentlichkeit weniger transparent zu vollziehen. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir diesen Weg, wie zum Beispiel auch unsere Nachbarn in Schleswig-Holstein, ebenfalls gehen und diese Zulage wieder im Gesetz verankern.

Einige weitere kleine Änderungen will ich hier nicht im Einzelnen darstellen. Nur eine scheint mir interessant, weil vielleicht auch praxisrelevant. Wir möchten gerne, wenn ein stellvertretender Ausschussvorsitzender über einen längeren Zeitraum die Funktion des Ausschussvorsitzenden tatsächlich wahrnimmt, weil der Ausschussvorsitzende durch Krankheit oder aufgrund anderer Umstände dies nicht kann, dass wir ihm dann auch die Zulage bei der Kostenpauschale, die ein Ausschussvorsitzender bekommt, auch tatsächlich auszahlen, dass wir Zahlungen also an die tatsächliche Aufgabenwahrnehmung koppeln.

Ein letztes Kapitel bezieht sich auf die Fraktionsfinanzen. Hier ist das Ziel des Gesetzentwurfes insbesondere die Stärkung der Fraktionsautonomie. Das bezieht sich insbesondere auf die Frage von Rücklagenbildungen. Gerade eine neue Fraktion wird sehr schnell merken, wie wichtig das gerade für sie ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und es gibt weitere Regelungen, die dieses Ziel, Stärkung der Fraktionsautonomie, verfolgen.

Mit diesem Gesetzentwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, schreiben wir also in sinnvoller Weise das Abgeordnetengesetz fort.

(Udo Pastörs, NPD: In sinnvoller Weise für wen?)

Wir möchten Ihnen vorschlagen, dass wir diesen Gesetzentwurf jetzt in den vorläufigen Ausschuss, den wir soeben gebildet haben, überweisen – dort können wir uns gerne über die Einzelheiten des Gesetzentwurfes verständigen – und dass wir dann in Kürze die Zweite Lesung in diesem Hause vornehmen und diese notwendigen Fortschreibungen des Abgeordnetengesetzes vornehmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke schön, Herr Müller.

Es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Vizepräsidentin Frau Regine Lück. Bitte schön, Frau Lück.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die wesentlichen Ausführungen zum Abgeordnetengesetz sind bereits von meinem Kollegen Heinz Müller gemacht worden.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut.)

Dass der gemeinsame Entwurf von SPD, CDU und DIE LINKE ein Konsens ist und jede Fraktion den einen oder den anderen Abstrich machen musste, liegt natürlich auf der Hand. Im Großen und Ganzen aber haben wir einen guten Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. So finden wir es richtig, dass die zusätzlichen Entschädigungen für besondere parlamentarische Funktionen auch beim Parlamentarischen Geschäftsführer nunmehr auch gesetzlich klar und vor allem auch einheitlich geregelt wurden.

Auch wird sich mit dem Gesetzentwurf die Transparenz der Rechenschaftsberichte der Fraktionen erhöhen. Daneben gibt es viele weitere klarstellende Regelungen, die wir für entscheidend halten.

(Udo Pastörs, NPD: Transparenz wird es nicht geben. Der Landesrechnungshof hat das regelmäßig reklamiert.)

Meine Damen und Herren, eine Regelung bereitet uns gegenwärtig Bauchschmerzen, das will ich offen sagen, ich meine die Anhebung der Regelaltersgrenze für Abgeordnete. Es ist ja bekannt, dass DIE LINKE stets gegen die Rente ab 67 gesprochen hat. Die Gründe hierfür sind bekannt, ich muss sie sicherlich nicht näher erläutern. Im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich meine Fraktion stets gegen die Anhebung der Pensionsgrenzen bei Beamten ausgesprochen. Auch das ist bekannt. Deswegen sehen wir auch die Anhebung der Altersgrenze bei Abgeordneten als problematisch an. Das will ich heute hier offiziell zu Protokoll geben.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung in den vorläufigen Ausschuss überwiesen. Sicher werden wir weitere Vorschläge auch innerhalb der Fraktionen nochmals erörtern und vielleicht die eine oder andere Änderung im Gesetzentwurf vornehmen.

Unabhängig von möglichen Änderungen bleibe ich aber zuversichtlich, dass wir am Ende der Diskussion ein gutes Abgeordnetengesetz verabschiedet werden. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke schön, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das, was wir hier eben gehört haben vom Herrn Senator zu meiner Linken von der SPD, aber auch das, was ich von Frau Lück gerade hier

vernommen habe, ist doch schon eine ganz schöne Unverschämtheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für einen Senator meinen Sie eigentlich?)

Ich will Ihnen mal etwas ins Gedächtnis zurückrufen, was wir heute Morgen hier gehört haben. Und zwar haben wir gehört, dass Herr Professor Tack davon sprach, dass wir Vertrauen vonseiten der Wähler zurückgewinnen sollten. Herr Professor Tack bemühte dann die Probleme Mindestlohn, Ärzteversorgung, Bauernstand, direkt mit Unterstützungsnachdruck gefordert, dann – Pro-Kopf-Verschuldung hat er nicht genannt, will ich Ihnen mal ins Gedächtnis zurückrufen, 6.000 Euro – 500 Millionen strukturelle Haushaltsdefizitprobleme im Haushalt dieses Landes, 10 Milliarden Verschuldung, halbe Milliarde Zinszahlung, das alles vom Steuerzahler. Und Sie stellen sich hier hin und reden mit keinem Wort über das, was Sie vorgegeben haben, wofür Sie überhaupt tätig geworden sind im Wahlkampf draußen und hier heute feierlich versprochen haben, wofür Sie sich einsetzen wollen, nämlich für die Belange des Bürgers, des Wählers hier in diesem Lande.

Den ganzen Morgen hier hat es nicht eine einzige Einlassung gegeben,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

die Bezug genommen hätte auf die Lebensverhältnisse der Menschen hier in Mecklenburg und Vorpommern. Ihr Geschwafel und Ihr Gesülze, muss ich wirklich sagen, kommt einem zum Halse heraus.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir werden selbstverständlich als nationale Opposition genau das wieder nach draußen tragen, was Sie versuchen, hier in diesem sogenannten Hohen Hause einzusperren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn Sie heute davon reden, Herr Müller, dass Sie jetzt froh sind,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass die Zahlungen für die PGF auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, dann verschweigen Sie, dass es meine Fraktion war, die hier schnell gemerkt hat nach 2006, was Sie hier für einen Selbstbedienungsladen aus dieser Palaverbude gemacht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und ich will Ihnen mal ein paar Zahlen um die Ohren hauen, Herr Müller, die Sie anscheinend vergessen haben. Die SPD hat im Jahre 2006 13.888 Euro nebenher den einzelnen Abgeordneten mit Funktion zugehustert. Im Jahre 2007 waren das schon, hören Sie gut zu, Sie roter Baron,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

77.677 Euro, im Jahre 2008 ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Aufhören, aufhören! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Pastörs, Sie haben schon das Parlament als Palaverbude bezeichnet und reden jetzt hier noch vom roten Baron. Für beide Bezeichnungen erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Ordnungsruf eine Wortentziehung nach sich zieht.

Udo Pastörs, NPD: Ich werde mich bemühen, dass ich jetzt hier die Zahlen so ablese,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass ich nicht des Saales verwiesen werde, denn die sind so erschreckend, was Sie hier abliefern und wo Sie sich dann einig sind, insbesondere DIE LINKE, die im Wahlkampf ja angetreten ist mit „Mehr Geld mit uns“ oder „Geld mit uns“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können nicht mal Plakate lesen, Herr Pastörs. Sie können nicht mal Plakate lesen. Sie erzählen doch hier wieder Unsinn, und das schon bei der ersten Rede.)

Da frage ich mich, wen meinten Sie damit. Geld für sich selbst, das hätte den Nagel auf den Kopf getroffen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Postkommunisten.

Tatsache ist, dass Sie es genauso halten wie der Herr Pofalla, als man ihn fragte, was er denn zu der unglaublichen Belastung des deutschen Steuerzahlers sage, wenn hier die Bundesregierung mit 211 Milliarden ins Obligo geht, Zitat: „Lass mich mit so einer Scheiße in Ruhe.“ Zitatende – heute in der „Financial Times“ auf der Seite des Wirtschaftsteils, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Erwin SELLERING, SPD: Was hat das mit dem Haus zu tun?)

Und dann schauen wir uns doch mal an, was sich hinter dem verbirgt, was gerade der Herr Senator, wenn das gestattet ist, dass ich das noch mal so ins Feld führe, wenn sich hier genehmigt wird, was Sie sich selbst genehmigen:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wie heißt der Kollege eigentlich? –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie genehmigen sich neben einer dritten Vizepräsidentin,

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD,
Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

die neben ihren 8.000 Diäten dann auch noch ein Dienstfahrzeug bekommt, was im Schnitt 70.000 Euro kostet und das dann auch laufend jeden Monat, natürlich auf Kosten des Steuerzahlers, Sie, gnädige Frau,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Sie fahren mit dem Fahrrad.)

mit ihrem „grünen Gesäß“ durch diese Landschaft transportieren soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das reicht jetzt. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist die Tatsache. Und das Nächste ist, dass selbstverständlich die Parlamentarischen Geschäftsführer abkassieren, und zwar dann bitte schön per Gesetz verordnet, was ihr jetzt bisher vorm Wähler versteckt habt,

(Erwin SELLERING, SPD: Rote Lampe. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was denn? Was denn? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was ihr ganz einfach nebenher gezahlt habt und gehofft habt, dass das noch möglichst lange so weitergeht,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

bis wir dann von der NPD gekommen sind und haben im Rahmen eines Organstreitverfahrens

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

darauf aufmerksam gemacht, dass Sie sich hier in ekelhafter Weise

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist nicht mal zugelassen worden, hat kläglich verloren. Er ist nicht mal zugelassen worden. – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

an den Fleischtöpfen des Steuerzahlers gütlich ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie doch mal, wie die Klage ausgegangen ist, Herr Pastörs. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs, bitte unterbrechen Sie Ihre Rede.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Pastörs, ich habe Sie mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie sich auch an die Formen zu halten haben, und Sie haben weiterhin gegen ...

(allgemeine Unruhe – Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich an das Präsidium.)

Ich diskutiere hier nicht mit Ihnen und erteile Ihnen den dritten Ordnungsruf

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich an das Präsidium.)

und damit entziehe ich Ihnen auch das Wort.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war Klasse. – Dr. Till Backhaus, SPD: Geht doch. – Erwin SELLERING, SPD: Tolle Rede. – Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich an das Präsidium. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich rufe auf den Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich bin schon erstaunt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

erstaunt, dass ein Vertreter einer Partei, die auf Bundesebene mit Straf- und Rückzahlungsersuchen in Millionenhöhe überzogen wird, sich hier traut, irgendeine Einschätzung zu irgendwelchen finanziellen Dingen abzugeben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist nicht nur dilettantisch, das ist auch unqualifiziert, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Ja natürlich, sehr richtig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Er kann nicht anders, er ist so.)

Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht gelingt es uns jetzt an dieser Stelle mal, in eine sachliche Debatte einzutreten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Da ist die NPD offensichtlich nicht zu in der Lage, ich will es trotzdem versuchen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie haben gemerkt, dass wir das Abgeordnetengesetz nicht mit eingebracht haben. Wir werden gleichwohl, es handelt sich ja um eine Verweisung in den zuständigen Ausschuss, der Verweisung zustimmen, weil wir im Ausschuss, Frau Lück hat das für die Fraktion DIE LINKE ja auch schon angekündigt, an der einen oder anderen Stelle Beratungsbedarf haben und weil wir hoffen, es handelt sich ja um die Rahmenbedingungen, die sich dieses Parlament selbst gibt, dass wir im Ausschuss möglicherweise zu Ergebnissen kommen, unsere Bedenken vortragen können, und vor dem Hintergrund der Berücksichtigung dieser Bedenken dann möglicherweise zu einem breiten demokratischen Konsens gelangen können.

(Udo Pastörs, NPD: Das wird sicherlich gelingen.)

Ich möchte vor diesem Hintergrund zwei Punkte ansprechen, bei denen wir erheblichen Beratungsbedarf haben. Der erste Punkt sind die Altersbezüge. Ich glaube, dass es diesem Hohen Hause guttun würde, wenn wir einmal einen Vergleich anstellen würden mit den Alters-

bezügen, wie sie in anderen Landesparlamenten oder auf Bundesebene auch ausgereicht werden. Für meine Begriffe sind zwei Kriterien wichtig: auf der einen Seite die Angemessenheit, auf der anderen Seite aber auch die Vergleichbarkeit mit anderen vergleichbaren Gremien. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Punkt Übergangsgelder ansprechen, weil ich glaube, wir sollten die öffentliche Kritik, die dazu in der Vergangenheit geäußert worden ist, ernst nehmen und wir sollten ebenfalls im Vergleich mit anderen Parlamenten einmal abwägen, ob wir hier für dieses Haus auch andere Regelungen treffen können.

Ich würde gerne die Ausschusssitzung auch dazu nutzen, noch einmal eine rechtliche Prüfung über die Veränderung der Zuwendungen bei den Parlamentarischen Geschäftsführern zu diskutieren. Die Klarstellung ist ausdrücklich zu begrüßen, da unterstreiche ich das, was Herr Müller gesagt hat. Sehr wohl ist abzuwägen,

(Udo Pastörs, NPD: Ob wir das nicht noch ein bisschen erhöhen können.)

inwieweit durch den Zusammenhang des Abzugs im Bereich der Fraktionen da noch eine Rechtmäßigkeit gegeben ist. Ich sage vorsichtig, auch hier wünsche ich mir eine Prüfung.

Meine letzte Anmerkung, meine Damen und Herren: Wir halten es für völlig verfehlt, dieses Gesetz dazu zu nutzen, populistisch aufeinander

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

herumzuhauen – das sollten wir der NPD überlassen –, sondern wir sollten hier ein konstruktives Verfahren miteinander wählen.

(Heinz Müller, SPD, und
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut.)

Und wir sollten aber auch an diesem Punkt kooperativ miteinander abstimmen,

(Udo Pastörs, NPD: Schön ruhig halten.)

ob nicht das Ansinnen der einen oder anderen demokratischen Fraktion in diesem Hause Berücksichtigung finden kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke schön, Herr Suhr.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 6/10 zur Beratung an den vorläufigen Ausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der NPD zugestimmt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beschlussempfehlung der Präsidentin des Landtages – Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens, Drucksache 6/26.

Beschlussempfehlung der Präsidentin des Landtages gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten)
Antrag auf Genehmigung zur weiteren Durchführung eines Strafverfahrens
– Drucksache 6/26 –

Gemäß Paragraph 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung der Präsidentin des Landtages auf Drucksache 6/26 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung der Präsidentin des Landtages auf Drucksache 6/26 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der konstituierenden Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.40 Uhr

Alphabetisches Namensverzeichnis
der Abgeordneten, die an der Wahl der
Präsidentin des Landtages teilgenommen haben
 – Drucksache 6/2 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	37. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	38. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	39. Müller, Heinz	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Müller, Tino	NPD
5. Barlen, Julian	SPD	41. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	42. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Pastörs, Udo	NPD
8. Borhardt, Barbara	DIE LINKE	44. Petereit, David	NPD
9. Borchert, Rudolf	SPD	45. Polzin, Heike	SPD
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	46. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dr. Brie, André	DIE LINKE	47. Renz, Torsten	CDU
12. Brodkorb, Mathias	SPD	48. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Butzki, Andreas	SPD	49. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Dachner, Manfred	SPD	51. Dr. Rudolph, Stefan	CDU
16. Donig, Ingulf	SPD	52. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17. Drese, Stefanie	SPD	53. Saemann, Nils	SPD
18. Eifler, Dietmar	CDU	54. Schlotmann, Volker	SPD
19. Feike, Katharina	SPD	55. Schlupp, Beate	CDU
20. Foerster, Henning	DIE LINKE	56. Schubert, Bernd	CDU
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	57. Schulte, Jochen	SPD
22. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	58. Schütt, Heino	CDU
23. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59. Schwarz, Thomas	SPD
24. Glawe, Harry	CDU	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
25. Gundlack, Tilo	SPD	61. Schwesig, Manuela	SPD
26. Heydorn, Jörg	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
27. Holter, Helmut	DIE LINKE	63. Seidel, Jürgen	CDU
28. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64. SELLERING, Erwin	SPD
29. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	65. Silkeit, Michael	CDU
30. Kokert, Vincent	CDU	66. Stramm, Karen	DIE LINKE
31. Koplin, Torsten	DIE LINKE	67. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
32. Köster, Stefan	NPD	68. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
33. Krüger, Thomas	SPD	69. Tegtmeier, Martina	SPD
34. Lenz, Burkhard	CDU	70. Texter, Andreas	CDU
35. Lindner, Detlef	CDU	71. Waldmüller, Wolfgang	CDU
36. Lück, Regine	DIE LINKE		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der ersten Vizepräsidentin des Landtages teilgenommen haben

– Drucksache 6/4 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	37. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	38. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	39. Müller, Heinz	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Müller, Tino	NPD
5. Barlen, Julian	SPD	41. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	42. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Pastörs, Udo	NPD
8. Borhardt, Barbara	DIE LINKE	44. Petereit, David	NPD
9. Borchert, Rudolf	SPD	45. Polzin, Heike	SPD
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	46. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dr. Brie, André	DIE LINKE	47. Renz, Torsten	CDU
12. Brodkorb, Mathias	SPD	48. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Butzki, Andreas	SPD	49. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Dachner, Manfred	SPD	51. Dr. Rudolph, Stefan	CDU
16. Donig, Ingulf	SPD	52. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17. Drese, Stefanie	SPD	53. Saemann, Nils	SPD
18. Eifler, Dietmar	CDU	54. Schlotmann, Volker	SPD
19. Feike, Katharina	SPD	55. Schlupp, Beate	CDU
20. Foerster, Henning	DIE LINKE	56. Schubert, Bernd	CDU
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	57. Schulte, Jochen	SPD
22. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	58. Schütt, Heino	CDU
23. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59. Schwarz, Thomas	SPD
24. Glawe, Harry	CDU	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
25. Gundlack, Tilo	SPD	61. Schwesig, Manuela	SPD
26. Heydorn, Jörg	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
27. Holter, Helmut	DIE LINKE	63. Seidel, Jürgen	CDU
28. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64. SELLERING, Erwin	SPD
29. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	65. Silkeit, Michael	CDU
30. Kokert, Vincent	CDU	66. Stramm, Karen	DIE LINKE
31. Koplin, Torsten	DIE LINKE	67. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
32. Köster, Stefan	NPD	68. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
33. Krüger, Thomas	SPD	69. Tegtmeier, Martina	SPD
34. Lenz, Burkhard	CDU	70. Texter, Andreas	CDU
35. Lindner, Detlef	CDU	71. Waldmüller, Wolfgang	CDU
36. Lück, Regine	DIE LINKE		

Alphabetisches Namensverzeichnis
der Abgeordneten, die an der Wahl der
zweiten Vizepräsidentin des Landtages teilgenommen haben
 – Drucksache 6/5 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	37. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	38. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	39. Müller, Heinz	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Müller, Tino	NPD
5. Barlen, Julian	SPD	41. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	42. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Pastörs, Udo	NPD
8. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	44. Petereit, David	NPD
9. Borchert, Rudolf	SPD	45. Polzin, Heike	SPD
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	46. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dr. Brie, André	DIE LINKE	47. Renz, Torsten	CDU
12. Brodkorb, Mathias	SPD	48. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Butzki, Andreas	SPD	49. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Dachner, Manfred	SPD	51. Dr. Rudolph, Stefan	CDU
16. Donig, Ingulf	SPD	52. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17. Drese, Stefanie	SPD	53. Saemann, Nils	SPD
18. Eifler, Dietmar	CDU	54. Schlotmann, Volker	SPD
19. Feike, Katharina	SPD	55. Schlupp, Beate	CDU
20. Foerster, Henning	DIE LINKE	56. Schubert, Bernd	CDU
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	57. Schulte, Jochen	SPD
22. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	58. Schütt, Heino	CDU
23. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59. Schwarz, Thomas	SPD
24. Glawe, Harry	CDU	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
25. Gundlack, Tilo	SPD	61. Schwesig, Manuela	SPD
26. Heydorn, Jörg	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
27. Holter, Helmut	DIE LINKE	63. Seidel, Jürgen	CDU
28. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64. SELLERING, ERWIN	SPD
29. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	65. Silkeit, Michael	CDU
30. Kokert, Vincent	CDU	66. Stramm, Karen	DIE LINKE
31. Koplín, Torsten	DIE LINKE	67. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
32. Köster, Stefan	NPD	68. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
33. Krüger, Thomas	SPD	69. Tegtmeier, Martina	SPD
34. Lenz, Burkhard	CDU	70. Texter, Andreas	CDU
35. Lindner, Detlef	CDU	71. Waldmüller, Wolfgang	CDU
36. Lück, Regine	DIE LINKE		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der dritten Vizepräsidentin/des dritten Vizepräsidenten des Landtages teilgenommen haben

– Drucksachen 6/6 und 6/12 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	37. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	38. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	39. Müller, Heinz	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Müller, Tino	NPD
5. Barlen, Julian	SPD	41. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	42. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Pastörs, Udo	NPD
8. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	44. Petereit, David	NPD
9. Borchert, Rudolf	SPD	45. Polzin, Heike	SPD
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	46. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dr. Brie, André	DIE LINKE	47. Renz, Torsten	CDU
12. Brodkorb, Mathias	SPD	48. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Butzki, Andreas	SPD	49. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Dachner, Manfred	SPD	51. Dr. Rudolph, Stefan	CDU
16. Donig, Ingulf	SPD	52. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17. Drese, Stefanie	SPD	53. Saemann, Nils	SPD
18. Eifler, Dietmar	CDU	54. Schlotmann, Volker	SPD
19. Feike, Katharina	SPD	55. Schlupp, Beate	CDU
20. Foerster, Henning	DIE LINKE	56. Schubert, Bernd	CDU
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	57. Schulte, Jochen	SPD
22. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	58. Schütt, Heino	CDU
23. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59. Schwarz, Thomas	SPD
24. Glawe, Harry	CDU	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
25. Gundlack, Tilo	SPD	61. Schwesig, Manuela	SPD
26. Heydorn, Jörg	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
27. Holter, Helmut	DIE LINKE	63. Seidel, Jürgen	CDU
28. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64. SELLERING, ERWIN	SPD
29. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	65. Silkeit, Michael	CDU
30. Kokert, Vincent	CDU	66. Stramm, Karen	DIE LINKE
31. Koplin, Torsten	DIE LINKE	67. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
32. Köster, Stefan	NPD	68. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
33. Krüger, Thomas	SPD	69. Tegtmeier, Martina	SPD
34. Lenz, Burkhard	CDU	70. Texter, Andreas	CDU
35. Lindner, Detlef	CDU	71. Waldmüller, Wolfgang	CDU
36. Lück, Regine	DIE LINKE		

Alphabetisches Namensverzeichnis
der Abgeordneten, die an der Wahl der
Schriftführer des Landtages teilgenommen haben
 – Drucksache 6/7 –

1. Albrecht, Rainer	SPD	37. Mucha, Ralf	SPD
2. Dr. Al-Sabty, Hikmat	DIE LINKE	38. Müller, Detlef	SPD
3. Andrejewski, Michael	NPD	39. Müller, Heinz	SPD
4. Dr. Backhaus, Till	SPD	40. Müller, Tino	NPD
5. Barlen, Julian	SPD	41. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Berger, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	42. Oldenburg, Simone	DIE LINKE
7. Bernhardt, Jacqueline	DIE LINKE	43. Pastörs, Udo	NPD
8. Borchardt, Barbara	DIE LINKE	44. Petereit, David	NPD
9. Borchert, Rudolf	SPD	45. Polzin, Heike	SPD
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	46. Reinhardt, Marc	CDU
11. Dr. Brie, André	DIE LINKE	47. Renz, Torsten	CDU
12. Brodkorb, Mathias	SPD	48. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Butzki, Andreas	SPD	49. Ritter, Peter	DIE LINKE
14. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rösler, Jeannine	DIE LINKE
15. Dachner, Manfred	SPD	51. Dr. Rudolph, Stefan	CDU
16. Donig, Ingulf	SPD	52. Saalfeld, Johannes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17. Drese, Stefanie	SPD	53. Saemann, Nils	SPD
18. Eifler, Dietmar	CDU	54. Schlotmann, Volker	SPD
19. Feike, Katharina	SPD	55. Schlupp, Beate	CDU
20. Foerster, Henning	DIE LINKE	56. Schubert, Bernd	CDU
21. Friemann-Jennert, Maika	CDU	57. Schulte, Jochen	SPD
22. Gajek, Silke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	58. Schütt, Heino	CDU
23. Gerkan, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	59. Schwarz, Thomas	SPD
24. Glawe, Harry	CDU	60. Dr. Schwenke, Mignon	DIE LINKE
25. Gundlack, Tilo	SPD	61. Schwesig, Manuela	SPD
26. Heydorn, Jörg	SPD	62. Dr. Seemann, Margret	SPD
27. Holter, Helmut	DIE LINKE	63. Seidel, Jürgen	CDU
28. Jaeger, Johann-Georg	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	64. SELLERING, ERWIN	SPD
29. Dr. Karlowski, Ursula	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	65. Silkeit, Michael	CDU
30. Kokert, Vincent	CDU	66. Stramm, Karen	DIE LINKE
31. Koplín, Torsten	DIE LINKE	67. Suhr, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
32. Köster, Stefan	NPD	68. Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
33. Krüger, Thomas	SPD	69. Tegtmeier, Martina	SPD
34. Lenz, Burkhard	CDU	70. Texter, Andreas	CDU
35. Lindner, Detlef	CDU	71. Waldmüller, Wolfgang	CDU
36. Lück, Regine	DIE LINKE		